

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Wolfgang J. Mommsen
Die deutsche
Kriegszielpolitik 1914—1918

Immanuel Geiss
Die Kriegsschuldfrage —
Das Ende eines Tabus

B 25/67
21. Juni 1967

J. Wolfgang Mommsen, Dr. phil., Dozent für Geschichte an der Universität Köln, geb. 5. November 1930 in Marburg.

Veröffentlichungen u. a.: Max Weber und die deutsche Politik, Tübingen 1959; Ägypten und der europäische Imperialismus, München 1961; Universalgeschichtliches und politisches Denken bei Max Weber, in: Historische Zeitschrift, Bd. 201/65.

Immanuel Geiss, Dr. phil., geb. 9. Februar 1931 in Frankfurt/Main. Gegenwärtig Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Veröffentlichungen: Der polnische Grenzstreifen 1914/18. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, Hamburg und Lübeck 1960; Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung, Hannover 1963/64; Juli 1914. Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, München 1965 (dtv 293); Gewerkschaften in Afrika, Hannover 1965; Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkriegs (zusammen mit Hartmut Pogge — von Strandmann), Frankfurt/M. 1965.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die deutsche Kriegszielpolitik 1914—1918

Bemerkungen zum Stand der Diskussion

Diese Ausgabe enthält zwei Beiträge zu der schärfsten Kontroverse, die die deutsche Geschichtswissenschaft seit Jahrzehnten ausgefochten hat, den von Fritz Fischer ausgelösten Streit um die Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges und um die deutsche Kriegszielpolitik vor und während dieses Krieges. Wolfgang J. Mommsen gibt einen Überblick über Gang und Stand der Diskussion und setzt sich mit den Thesen Fritz Fischers, zum Teil auch mit denen anderer Teilnehmer der Debatte auseinander. Imanuel Geiss, ein Schüler Fritz Fischers, gibt hier aus seiner Sicht eine Darstellung der Julikrise 1914. Beide Aufsätze sind stark gekürzt. Sie sind mit freundlicher Genehmigung der Nymphenburger Verlagshandlung, München, dem in diesen Tagen erscheinenden Buch „Kriegsausbruch 1914“ entnommen. Der vollständige Text und der ebenfalls nicht abgedruckte Anmerkungsapparat können in dem Buch eingesehen werden.

Fritz Fischers große Untersuchung über die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands 1914—1918 (Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18) hat schon unmittelbar nach ihrem ersten Erscheinen im Jahre 1961 — inzwischen liegt bereits eine dritte, geringfügig verbesserte Auflage vor — großes Aufsehen nicht nur in den Kreisen der historischen Wissenschaft, sondern auch der breiteren Öffentlichkeit hervorgerufen. Die Wellen der Erregung schlugen sehr hoch und sind auch heute noch keineswegs abgeebbt. Man wird sich fragen, warum es überhaupt zu solch heftigen Reaktionen seitens der historischen Wissenschaft und der breiteren Öffentlichkeit kam. Der

Grund liegt klar zutage: Fritz Fischer berührte mit seinen Untersuchungen einen der wunden Punkte des deutschen historischen Selbstverständnisses, das sich eben anschickte, nach der Katastrophe, mit welcher die nationalsozialistische Ära geendet hatte, wieder in Funktion zu treten. Sollte wirklich die ganze jüngere deutsche Vergangenheit zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht mehr gewesen sein als die Vorgeschichte des nationalsozialistischen Großraumimperialismus? Fritz Fischer hat solche Vorstellungen in seinem Werk nur gelegentlich anklängen lassen, aber sie drängten sich seinen Lesern dennoch auf, nicht zuletzt infolge des provozierenden Stils seiner Darstellung.

Fischers Herausforderung an das bisherige Geschichtsbild

In der Tat stellen Fischers Thesen, vorgetragen in der Form eines unerbittlichen Beweis-antrages, eine Herausforderung an das hergebrachte Bild der Geschichte des Ersten Weltkrieges dar, wie es sich in den zwanziger Jahren herausgebildet und wie es die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945 mit nur geringen Modifikationen übernommen hatte. Die deutsche Historiographie der Weimarer Zeit hatte es als eine ihrer legitimen nationalen Aufgaben betrachtet, den Schuldspruch des § 231 des Versailler Vertrages zu revidieren, auf den das drückende Gebäude der Reparationen und der Diskriminierung Deutschlands juristisch gegründet war; und es schien, daß diese Bemühungen im wesentlichen gelungen und eine Art internationaler Übereinstimmung darüber erreicht waren, daß eine einseitige Be-

lastung Deutschlands mit der Schuld am Kriege durch die Quellen nicht bestätigt werde, wie bedenklich die deutsche Politik im Juli 1914

Immanuel Geiss:

Die Kriegsschuldfrage —
Das Ende eines Tabus S. 18

auch immer gewesen sein möge. Demgegenüber betonte Fritz Fischer unter Berufung auf das große Werk Luigi Albertinis über die Politik der europäischen Kabinette in der Julikrise, aber tatsächlich in einseitiger Zuspitzung seiner Ergebnisse, daß es sich vielmehr um einen maßgeblich von Deutschland provozierten Krieg gehandelt habe, der dem Deut-

schen Reich endgültig den Durchbruch zur Weltmacht, es zu einer den großen Weltreichen des britischen Empire, des zaristischen Rußlands und der Vereinigten Staaten von Amerika ebenbürtigen Weltstellung habe bringen sollen. Demgemäß seien auch die deutschen Kriegsziele nicht bloß das Ergebnis der Kriegssituation selbst, sondern vielmehr der unverhüllte Ausdruck des Weltmachtwillens der gesamten deutschen Nation. Den Gedanken, daß diese erst unter dem Eindruck der bedrohten machtpolitischen Stellung des Deutschen Reiches inmitten des europäischen Kontinents ihre schließliche, gelegentlich überaus extreme Form erhalten hätten, wischte Fischer vom Tisch. Klar und scharf gemeißelt zeichnet er ein Bild kontinuierlichen deutschen Weltmachtstrebens, das, weit entfernt, von den konkreten Verhältnissen bedingt zu sein, vielmehr diesen selbst erst seinen Stempel auferlegte — eine, wie man unschwer erkennen kann, im Kern rein gesinnungsethische Interpretation, die freilich im Laufe der Darstellung vielfach mit sozialökonomischen und interessenpolitischen Erklärungsmodellen vermischt wird, ohne jedoch viel von ihrem moralistischen

Grundton zu verlieren, der die Hemmungs- und Maßlosigkeit eines nationalimperialistischen Denkens immer wieder aufs neue an den Pranger stellt.

Auch die bisherige Forschung war nicht blind gegenüber der Tatsache geblieben, daß große Teile der deutschen Nation im Ersten Weltkrieg extrem annexionistische und imperialistische Ziele vertreten und diese in lautstarker Form propagiert haben. Aber man schrieb dies in erster Linie der Kriegs Atmosphäre und der Uninformiertheit der Öffentlichkeit über die wirkliche Lage der Dinge zu. Soweit von Regierungsseite annexionistische Kriegsziele verfochten worden waren, schienen diese entweder durch die Kriegssituation selbst bedingt und zudem weitgehend taktischer Natur gewesen zu sein, oder man schrieb sie auf das Konto der Militärs. Darüber, daß die Regierung selbst eine vergleichsweise gemäßigte Richtung vertreten habe, waren sich eigentlich alle Lager einig, mit Ausnahme vielleicht der extremen Linken. Dies ist auf den Gang der Forschung ebenso wie auf die Entwicklung des Geschichtsbildes der deutschen Öffentlichkeit nicht ohne Einfluß geblieben.

Bisherige Forschung:

Verständigungsbereite Politiker gegen maßlose Militärs

Ebenso wie den Zeitgenossen war es auch der historischen Forschung bisher im großen und ganzen unzweifelhaft, daß die politische Leitung bis zu ihrer faktischen Entmachtung seit dem Frühjahr 1917 einem Verständigungsfrieden mit durchaus maßvollen Zielen zugeneigt gewesen sei, während die Militärs, befangen in den Traditionen der Vernichtungsstrategie, stets den absoluten Siegfrieden angestrebt und darob mit der politischen Leitung immer wieder in Konflikt geraten seien. Die leidenschaftliche Auseinandersetzung zwischen den Anhängern eines gemäßigten Friedens und jenen eines vollen Siegfriedens, der nicht zuletzt die absolute Seeherrschaft Englands brechen müsse und um den in den ersten Kriegsjahren unter der Decke in der Form eines Denkschriftenkrieges, dann aber seit Ende 1916 mit offenem Visier und in immer ungehemmteren Formen gekämpft wurde, stand im Mittelpunkt des Interesses; über die außenpolitischen Vorgänge während des Krieges, insbesondere die zahlreichen Sonderfriedensbemühungen, war hingegen nicht allzuviel bekannt. Bethmann

Hollweg selbst wurde überwiegend als eine willens- und entschlußschwache Persönlichkeit gedeutet, die zwar besten Willens gewesen sei, sich aber gegenüber dem vereinten Widerstand der Militärs, der konservativen Kreise, der Industrie und den Parteien der Rechten nicht durchsetzen können. In vermindertem Maße gilt dies auch für den Reichskanzler Graf Hertling und dessen Staatssekretär des Äußeren, von Kühlmann, deren scharfe Konflikte mit der Obersten Heeresleitung besondere Beachtung fanden und meist unbenutzt als Beleg für ihre angeblich gemäßigte Haltung galten. Im allgemeinen herrschte Einigkeit darüber, daß jedenfalls für die Zeit Bethmann Hollwegs von einem positiv annexionistischen Kriegszielprogramm, auf dessen Durchsetzung die politische Leitung unter allen Umständen bestanden haben würde, nicht die Rede sein könne, wenngleich man nicht immer im gleichen Maße wie E. Volkmann von der Bereitschaft Bethmann Hollwegs überzeugt war, einen Verständigungsfrieden ohne nennenswerte Annexionen zu schließen. Man

kreidete es der Reichsleitung nur als schweren Fehler an, die Bereitschaft zur Wiederfreigabe Belgiens aus fragwürdigen taktischen Gründen immer wieder aufgeschoben zu haben. Arthur Rosenberg etwa urteilte, Bethmann Hollweg und Wilhelm II. seien ohne klares Kriegsziel gewesen; des Kanzlers eigene Kriegsziele hätten ein Gemisch aus sämtlichen Richtungen dargestellt. Hans Herzfeld meinte, der erste Kriegskanzler sei bestrebt gewesen, „den Weg zum Verhandlungsfrieden durch einen ehrlichen, wenn auch in der Öffentlichkeit selbst für ihn nicht ohne Anpassung möglichen Kampf gegen übersteigerte Kriegsziele offen-

zuhalten.“ In der Aufgabe dieser gemäßigten Linie durch die späteren Kanzler, unter dem Druck der Militärs und der annexionistischen Rechten hat die bisherige Forschung die eigentliche Ursache der deutschen Niederlage gesehen, und nicht so sehr in der Ausrichtung der deutschen Politik zu Beginn und in den ersten Jahren des Krieges. Der Person ebenso wie der Politik des ersten Kriegskanzlers kam daher eine Schlüsselstellung für die Deutung der gesamten Entwicklung bis hin zur totalen Niederlage des Jahres 1918 zu, und daher konzentriert sich auch die gegenwärtige Diskussion auf die ersten Kriegsjahre.

Fischer: Einheitliche Konzeption der Machterweiterung Deutschlands

Schon Hans Gatzke hatte in seiner Untersuchung der westlichen Kriegsziele Deutschlands „Germany's Drive to the West“ eine Bresche in diese überkommene Deutung der deutschen Politik im Ersten Weltkrieg geschlagen, obgleich er nur das gedruckte Quellenmaterial benutzen konnte. Gleichwohl hielt auch Gatzke daran fest, daß die Kriegsziele der Reichsleitung, vorab die Bethmann Hollwegs, verglichen mit den extremen Plänen, die in der deutschen Öffentlichkeit propagiert wurden, „im ganzen gemäßigt“ gewesen seien. Aber erst Fritz Fischer, neuerdings unterstützt durch die Arbeiten von Werner Basler und Imanuel Geiss, hat das herkömmliche Schema vom schroffen Gegensatz eines annexionistischen und eines gemäßigten, im wesentlichen nicht-annexionistischen Lagers, welches nicht nur das Denken der Zeitgenossen, sondern auch der historischen Fachliteratur bis in die jüngste Zeit hinein beherrscht hat, beiseite geschoben und an dessen Stelle die These von der „grundsätzlichen Einheit und der Stärke des Kriegszielwillens aller politisch maßgebenden Kräfte in Deutschland, angefangen vom Kaiser und fortgeführt über die zivile Reichsleitung und die militärische Führung bis hin zur Mehrheit des Reichstages und der deutschen Presse“, gesetzt. Fischers stellenweise im Stile eines Staatsanwalts geführten Untersuchungen kommen zu dem Schluß, daß den Differenzen der verschiedenen Richtungen in der Kriegszielfrage, so stark die Zeitgenossen diese auch empfunden haben mögen, nur eine relative Bedeutung zugemessen werden könne. Alle Nuancen und Unterschiede in den Kriegszielvorstellungen der einzelnen Instanzen, gesellschaftlichen Gruppen und Persönlichkeiten verschwinden gleichsam gegenüber einem mono-

lithischen Block des Weltmachtwillens aller maßgebenden Schichten und Gruppen der Nation. Zwar betont auch Fischer, daß die weitausgreifendsten imperialistischen Kriegsziele in erster Linie von der Schwerindustrie, den Militärs und breiten Schichten des Großbürgertums verfochten worden sind; aber auch die Sozialdemokratie und die Gruppen der deutschen Intelligenz, die sich im späteren Verlauf des Krieges hinter den „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ stellten, verfallen dem Verdikt, dem Weltherrschafts- oder doch Weltmachtsanspruch Deutschlands mindestens zeitweilig ihre Unterstützung verliehen zu haben. So werden etwa Ernst Troeltsch, Friedrich Meinecke und Alfred Weber expressis verbis zu den Imperialisten, wenn auch nicht zu den offenen, gezählt. Nur die äußerste Linke und einzelne entschiedene Pazifisten wie Friedrich Wilhelm Foerster können vor dem strengen Maßstab Fritz Fischers, dem absoluten status quo ante, bestehen.

Fischer geht freilich noch weiter. Er beschränkt sich nicht darauf, den Gegensatz der Anhänger des sogenannten Verständigungs- und des sogenannten Siegfriedens als bloß sekundär und scheinbar zu bezeichnen, sondern spricht darüber hinaus von einer einheitlichen und umfassenden, vor allem aber in allen Phasen des Krieges kontinuierlich durchgehaltenen Konzeption der Machterweiterung Deutschlands auf Kosten aller seiner Gegner auf seiten der Reichsleitung, und zwar nicht bloß des Kaisers und der OHL, sondern namentlich auch Bethmann Hollwegs und seiner engsten Mitarbeiter. Sie alle hätten, trotz mannigfacher Nuancen und Modifikationen im einzelnen, doch stets konsequent auf die Erringung der Weltmacht-

stellung für das Deutsche Reich als dem eigentlichen Ziel des Krieges hingearbeitet. Diese granitharte und eigentlich recht undifferenzierte These wird nun mit einer Überfülle von Aktenbelegen als der eigentlich objektive Kern all des verwirrenden Gegeneinanders der verschiedensten Instanzen, Parteien und Gruppen herausgearbeitet. Das Hauptgewicht der Argumentation wird dabei auf den Nachweis gelegt, daß zwischen den Ansichten der politisch verantwortlichen Persönlichkeiten und jenen der Militärs kein wesentlicher Unterschied bestanden habe, daß vielmehr beide in ihrem grundsätzlichen Ziel, die deutsche Weltmachtstellung zu erkämpfen, in voller Übereinstimmung mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes gestanden hätten.

Diese Darstellung der Dinge, über deren sachliche Berechtigung wir an dieser Stelle einstweilen gar nicht urteilen wollen, steht nicht bloß in scharfem Kontrast zu dem hergebrachten Bild vom Kanzler Bethmann Hollweg als eines Politikers der Mäßigung und der Verständigung, sondern bildet in Wahrheit die exakte Antithese zur bisherigen Sicht der deutschen Kriegszielpolitik überhaupt. Fast das ganze deutsche Volk, mit Ausnahme nur sehr kleiner, politisch und gesellschaftlich unbedeutender Gruppen, habe mehr oder minder sich jenem gigantischen Machtwillen verschrieben, der die Gleichberechtigung des Deutschen Reiches neben den Weltmächten des Britischen Empire, der Vereinigten Staaten und des russischen Reiches zum Ziele gehabt habe. Fischers Deutung des ersten Kriegskanz-

lers als eines zielbewußten Machtpolitikers, der Deutschland bewußt in den großen Krieg hineingeführt und dann in seinen Methoden elastisch, in der Sache aber um so unnachgiebiger und zäher auf das Ziel der Machterweiterung Deutschlands hingearbeitet habe, liest sich geradezu als die Umkehrung der bisherigen, in der Atmosphäre des Kampfes gegen die Kriegsschuldthese entstandenen „gesinnungspolitischen“ Deutung vom „innerlich verständigungsbereiten“ Bethmann Hollweg, der sich mit seinen Absichten infolge einer unglücklichen Verkettung von innen- und außenpolitischen Widerständen jedoch leider nicht habe durchsetzen können. Sie verfällt freilich in den gleichen Fehler wie die bisherige Literatur, wenn sie die Kriegszielpolitik Bethmann Hollwegs ebenfalls auf einen „gesinnungspolitischen“ Kern, auf ganz persönliche Zielsetzungen zurückzuführen versucht, nämlich „ein beharrliches und zielbewußtes Streben auf eine Machterweiterung Deutschlands nach Ost und West“, welches allen noch so taktisch bedingten Stellungnahmen des Kanzlers zu den Kriegszielfragen zugrunde gelegen habe. Daran schließt sich dann die weitere These von der Kontinuität der deutschen Kriegszielpolitik vom September 1914 bis hin zu den Ostfriedensschlüssen des Jahres 1918 an. Sie steht gleichfalls in Widerspruch zu den bisherigen Darstellungen, die im Übergang zum unbedingten U-Boot-Krieg und in der Militarisierung der gesamten inneren und äußeren Politik durch die 3. OHL einen qualitativen Sprung in der Entwicklung sahen.

Beweisführung ist auf Erhärtung der These vom Weltmachtwillen abgestellt

Ohne zu den Einzelheiten selbst Stellung zu nehmen, läßt sich doch generell sagen, daß dem Werk Fischers im ganzen ein relativ undifferenziertes gesinnungsethisches Erklärungsmodell zugrunde liegt. Das politische Handeln der verantwortlichen Persönlichkeiten und Gruppen im Deutschland des Ersten Weltkrieges erscheint in der Regel als Ausfluß einer bestimmten gesinnungsethischen Haltung, nämlich eines spezifisch machtpolitischen, imperialistischen Denkens nationalistischer Prägung, und dies allen situationsbedingten Faktoren zum Trotz. Es scheint, als ob es Fritz Fischer und ebenso seinem Schüler Imanuel Geiss vor allem darauf angekommen sei, diese in ihren Augen natürlich mit gutem

Recht verwerfliche Geisteshaltung möglichst rein zur Darstellung zu bringen; deshalb wohl auch der eigentümliche, plakatarartige Plädoyerstil, der sich bei ihnen findet, sowie die nachweislich vorliegende Tendenz, die reichlich vorliegenden Kriegszieldokumente stets im Maximalsinne zu interpretieren, obwohl in der Politik nicht weniger als im täglichen Leben stets das Wort gilt, daß nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht ist. Zu dieser Grundtendenz des Buches paßt es schließlich gut, daß es Fischer gar nicht darauf ankommt, aus der Vielfalt taktisch bedingter Stellungnahmen der verschiedensten Instanzen und Persönlichkeiten graduell oder grundsätzlich differenzierte Standpunkte herauszuarbeiten;

er hält sich an den Wortlaut der Dokumente, ganz gleich, wie auch immer die Situation gewesen sein mag, in der sie entstanden sind, und welcher spezifischen Zielsetzung sie jeweils gedient haben mögen. Diese Methode ist in einzelnen Fällen, wie etwa bei der Behandlung der Kreuznacher Kriegszielkonferenz vom 23. April 1917, äußerst irritierend für jeden, der davon ausgeht, daß sich in der Politik grundsätzlich verschiedene Standpunkte fast stets in die Form bloß gradueller Differenzierungen kleiden.

Es kommt hinzu, daß es sich bei dem Werk Fritz Fischers nicht so sehr um eine narratio des Geschehens im herkömmlichen Sinne und eine kausale Rekonstruktion der Zusammenhänge handelt, sondern vielmehr um eine immer wieder neu ansetzende Beweisführung, die nahezu ausschließlich der Erhärtung der

einen Hauptthese vom maßlosen deutschen Weltmachtwillen dient. Dies bringt in Fischers Darstellung zahlreiche Einseitigkeiten, gelegentlich auch Überspitzungen hinein, die oft hernach teilweise wieder zurückgenommen werden, auch wenn es absurd und ungerecht ist, ihm bewußte Verfälschung seiner Quellen vorzuwerfen. Beispielsweise sieht Fritz Fischer in dem deutschen Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 nichts weiter als ein taktisches Manöver, um eine Deutschland unbequeme Friedensvermittlung durch Wilson zu verhindern und den unbeschränkten U-Boot-Krieg diplomatisch vorzubereiten, während doch klar zutage liegt, daß Bethmann Hollweg dieses Angebot, auch wenn er über seinen Erfolg nicht allzu optimistisch dachte, ernst gemeint hat und darin einen letzten Versuch sah, der ultima ratio des unbedingten U-Boot-Krieges auszuweichen.

Negierung jeglicher Machtpolitik

Trotz des überreichen Quellenmaterials, das Fischer der historischen Wissenschaft als erster neu erschlossen hat, bietet seine Darstellung der historischen Einzelforschung eine Fülle von Angriffspunkten. Aber nicht daraus erklärt sich die Leidenschaft, mit welcher die Diskussion über die Thesen Fritz Fischers wenigstens in ihrer Anfangsphase geführt wurde. Dies liegt zunächst einmal daran, daß seine Ergebnisse in der oben beschriebenen krassen Weise mit dem Zeitbewußtsein der Jahre 1914—1918, das in unserem historischen Bewußtsein noch nachwirkt, in Widerspruch stehen. Darin kündigt sich eine Formverwandlung unseres historisch-politischen Denkens an. Was den Zeitgenossen noch als durchaus vereinbar mit einer auf die Erhaltung des machtpolitischen status quo gerichteten und insofern im Prinzip defensiven Politik erschien, stellt sich vom Standpunkt des heutigen Beobachters bereits als ausgeprägter Annexionismus oder als eine Spielart indirekter Herrschaft dar, und zwar besonders dann, wenn die deutschen Kriegsziele isoliert für sich betrachtet und nicht in Relation zu den Kriegszielen der Alliierten gesetzt werden, was Fischer durchweg nicht tut. Wir haben heute das Absinken Deutschlands zu einer Macht zweiten oder gar dritten Ranges innerlich akzeptiert und lehnen es im allgemeinen ab, in den Kategorien einer wie immer gearteten deutschen Machtpolitik zu denken. Wenn Fritz Fischers Thesen gleichwohl stellenweise so

überaus scharfe Polemik auf den Plan gerufen haben, so deshalb, weil er in dieser Richtung bis zu dem Punkt der Negierung jeglicher Machtpolitik überhaupt geht und, orientiert am Maßstab des territorialen status quo ante und der uneingeschränkten Abdikation aller Machtstaatsideale, die Geschichte der spätwilhelminischen Zeit geradezu in ein Trümmerfeld verwandelt: nirgends, so scheint es, vernünftige Einsicht, überall ein utopischer, alle Maße sprengender Nationalismus imperialistischer Spielart, bisweilen sogar mit Einschlägen völkischen Denkens. Und dies keineswegs etwa nur oder auch nur überwiegend als Ausfluß der Kriegssituation, in der die nationale Leidenschaft der Völker sich allerorten und zu allen Zeiten aufzubäumen pflegt, sondern ganz im Gegenteil — der Krieg selbst erscheint als Folge dieses illusionären nationalistischen Weltmachtstrebens. War die deutsche Geschichte der spätwilhelminischen Ära wirklich nicht mehr als nur die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Welteroberungsgelüste und das vielgerühmte Bekenntnis der deutschen Sozialdemokratie zum eigenen nationalen Staat am 4. August 1914 wirklich nicht mehr als eine Mischung von gröblicher Selbsttäuschung und verkapptem, uneingestandenem Nationalimperialismus?

Aus solchen Empfindungen heraus erklären sich die anfänglichen, teilweise überaus schroffen Rezensionen, die sich insbesondere gegen die von Fritz Fischer nur beiläufig angedeutete

Theorie von der Kontinuität deutschen nationalen Machtstrebens vom Jahre 1900 über 1914 bis hin zum Jahre 1939 leidenschaftlich verwahrten. Und war das ganze Bemühen um eine sachliche Klärung der Kriegsschuldfrage sinnlos und verfehlt? Sollte Deutschland nicht nur den Zweiten, sondern auch den Ersten Weltkrieg absichtlich herbeigeführt haben? Diese Fragen werden von Fritz Fischer selbst überhaupt nicht näher erörtert, aber sie dräng-

ten sich dem breiten Publikum dennoch als Quintessenz seiner Darlegungen auf. Es versteht sich, daß dadurch wunde Punkte des deutschen historischen Selbstverständnisses berührt wurden. Man kann sich also nicht wundern, daß es darüber teilweise zu recht unerquicklichen Pressefehden kam, die uns hier freilich nicht weiter beschäftigen sollen, da sie die eigentlich wissenschaftliche Seite der Gelegenheit nicht berühren.

Diskussion konzentriert sich auf Kriegsschuldfrage und deutsche Kriegszielpolitik

Die wissenschaftliche Diskussion über Fischers Thesen war schon vor dem Erscheinen seines Werks „Griff nach der Weltmacht“ in Gang gekommen, da Fischer den wesentlichen Tenor seiner Ergebnisse in einem Vorabdruck in der „Historischen Zeitschrift“ bekanntgemacht hatte. Hans Herzfeld meldete unverzüglich Bedenken gegen die Deutung Bethmann Hollwegs durch Fischer an und betonte, unter Heranziehung der Tagebücher des Admirals von Müller und den Erinnerungen Friedrich Meineckes, die in der Tat doch gemäßigte Position des von der Rechten hart bedrängten Kanzlers; darüber hinaus bezweifelte er, ob man wirklich von einer „Kontinuität“ der deutschen Kriegszielpolitik seit dem August 1914 sprechen könne. Wenig später attackierte dann Gerhard Ritter in einem ungewöhnlich scharfen Aufsatz Fischers Deutung der deutschen Politik in der Julikrise. Inzwischen hat sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung noch weiter ausgedehnt, insofern, als durch die bereits erwähnten Untersuchungen von Imanuel Geiss über den polnischen Grenzstreifen und die des Ostberliner Historikers Werner Basler über die deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg, ferner durch die Arbeiten von K. H. Jan-

ßen über den Wechsel in der Obersten Heeresleitung im Herbst 1916 und über die Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten neue Aspekte der Problematik aufgewiesen worden sind. Neuerdings liegen weiterhin eine wertvolle Einzelstudie von Hartwig Thieme über die nationalliberale Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus sowie der erste Band einer großangelegten, materialreichen Darstellung Wolfgang Steglichs über die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18 vor, die in gewissem Sinne an seine ältere Studie über das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 anknüpft.

Es würde ins Uferlose führen, wollten wir den Gang der inzwischen kaum mehr überschaubaren Diskussion chronologisch im einzelnen nachzeichnen. Sie hat sich im wesentlichen konzentriert auf zwei Fragenkomplexe, die wir im folgenden gesondert behandeln wollen: erstens das Problem der Kriegsverursachung und in engem Zusammenhang damit die Frage, wieweit die deutschen Kriegsziele schon in der Politik der Vorkriegsjahre vorgezeichnet waren, und zum zweiten die Frage der Beurteilung der deutschen Kriegszielpolitik selbst.

Deutungen der deutschen Politik in der Julikrise

Angesichts der Bedeutung, welche die Kriegsschuldfrage in der deutschen Historiographie der zwanziger und auch noch der dreißiger Jahre gehabt hat, ist es nicht erstaunlich, daß Fritz Fischers Thesen über die deutsche Politik in der Julikrise von Anfang an große Aufmerksamkeit erregt und viel Widerspruch gefunden haben. Seine Ansicht, daß die Auffassungen, die Friedrich v. Bernhardi 1912 in seinem Buch „Deutschland und der nächste Krieg“

vorgetragen hat, „mit großer Präzision die Intention des offiziellen Deutschland“ wiedergäben, obgleich diesem damals vom Auswärtigen Amt entgegenzutreten versucht worden ist, wurde als Überzeichnung eines an sich unbestreitbaren Sachverhaltes vielfach nachdrücklich kritisiert. Auch seine These, daß die deutsche Politik im Vertrauen auf die englische Neutralität 1914 im Minimalfalle eine schwere Demütigung Rußlands in der Balkan-

frage, im Maximalfalle einen kontinentalen Hegemoniekrieg zu viert habe herbeiführen wollen, hält, wenigstens in dieser Form, einer Überprüfung nicht stand, ist doch von verschiedenen Seiten geltend gemacht worden, daß Bethmann Hollweg im Falle eines großen Krieges, der sich bei Lage der Dinge automatisch auch gegen Frankreich richten mußte, damit rechnete, daß England auf die Seite der Gegner treten werde. Damit entfällt eine der wesentlichen Voraussetzungen für die ursprüngliche Interpretation der deutschen Diplomatie in der Julikrise, so wie wir sie bei Fischer finden. Gerhard Ritter hat gegenüber Fischer in der Einleitung zum dritten Band seines großen Werks „Staatskunst und Kriegshandwerk“ erneut die Abhängigkeit der politischen Führung von den militärtechnischen Überlegungen der Militärs als entscheidende Ursache dafür bezeichnet, daß es im Juli 1914 nicht gelungen ist, den Frieden zu bewahren, und darüber hinaus an der grundsätzlich defensiven Haltung der deutschen Politik festgehalten — eine Auffassung, der neuerdings auch Karl Dietrich Erdmann auf Grund seiner Kenntnis der Tagebücher Riezlers, des Privatsekretärs Bethmann Hollwegs, beigetreten ist. Allerdings hat auch Erdmann, im Gegensatz zu früheren Deutungen, anerkannt, daß sich der Reichskanzler schon am 5. Juli 1914 des Risikos eines großen Krieges — unter Einschluß auch Englands — voll bewußt gewesen ist. Egmont Zechlin hingegen hat das deutsche Verhalten in der Julikrise neuerdings aus den Befürchtungen über eine bevorstehende politische Annäherung Englands an Rußland zu erklären versucht, die sich auf geheime Nachrichten über eine in Vorbereitung befindliche englisch-russische Flottenvereinbarung gründeten. Die drohende Gefahr eines endgültigen Abschwenkens Englands auf die Seite der kontinentalen Gegner Deutschlands, die ja für die langfristigen Planungen der Außenpolitik Bethmann Hollwegs geradezu katastrophale Bedeutung haben mußte, habe die Reichsleitung dazu veranlaßt, buchstäblich in letzter Minute die politische Offensive zu ergreifen, um den einzig verbleibenden österreichischen Bundesgenossen wirksam zu stärken und die seit Jahren über Europa hängende Balkankrise in einem für Deutschland noch relativ günstigen Augenblick zu bereinigen, obgleich damit die Gefahr eines Weltkrieges verbunden war.

In seinen jüngsten Beiträgen zu dieser Frage, so insbesondere in dem Aufsatz „Bethmann Hollweg, Kriegsrisiko und SPD 1914“ sowie

der Miscelle „Motive und Taktik der Reichsleitung 1914. Ein Nachtrag“, hat Egmont Zechlin diese Deutung der deutschen Politik in der Julikrise noch weiter vorangetrieben und sich dabei Fritz Fischers Position erheblich angenähert. Zechlin kommt hier zu dem Schluß, daß die Reichsleitung unter dem Eindruck einer gefährlichen Verschlechterung der Lage der Mittelmächte die durch den Mord von Sarajewo ausgelöste politische Krise zu einem politischen Vorstoß genutzt habe, durch welchen die drohende Isolierung Deutschlands „selbst auf das Risiko eines Weltkrieges hin“ aufgehalten werden sollte. Man habe in Berlin die Hoffnung gehegt, Rußland und die Entente über der serbischen Frage „auseinandermanövrieren“ zu können. Zechlin mißt in diesem Zusammenhang den Präventivkriegsideen, welche damals in deutschen militärischen Kreisen verbreitet waren, erheblich mehr Gewicht zu, als dies die ältere deutsche Forschung (und mit ihr noch Gerhard Ritter) zu tun pflegte. Er veröffentlichte ein durch Imanuel Geiss erstmals bekanntgemachtes Dokument aus dem Nachlaß Jagow, wonach Moltke diesem Ende Mai oder Anfang Juli 1914 die Frage vorgelegt habe, ob es nicht besser sei, dem für 1916 zu erwartenden Angriffskrieg Rußlands zuvorzukommen, da sich die militärische Situation der Mittelmächte angesichts der gewaltigen russischen Rüstungsanstrengungen nur noch weiter verschlechtern würde. Jedoch hält Zechlin daran fest, daß Bethmann Hollweg es in der Julikrise keinesfalls auf den Krieg „abgelegt“ habe, auch wenn er den serbisch-österreichischen Konflikt zum Prüfstein des russischen Kriegswillens haben machen wollen.

Über die Verteilung der Verantwortlichkeit für die Entstehung des Ersten Weltkrieges wird das letzte Wort wohl kaum gesprochen werden können, bevor nicht ähnlich eindringliche Studien, insbesondere über die russische und die französische Politik in der Julikrise, vorliegen. Jedoch wird sich heute nicht mehr bestreiten lassen, daß die deutsche Reichsleitung im Juli 1914 nicht nur aus „Nibelungentreue“ gehandelt hat. Politische und militärische Besorgnisse, vor allem die starke Beunruhigung militärischer Kreise über die russischen Rüstungen, welche auf längere Sicht die Voraussetzungen des Schlieffenplans, nämlich eine langsame russische Mobilmachung und ein umständlicher Aufmarsch, illusorisch werden zu lassen drohten, bestimmten die deutsche Reichsleitung dazu, in einem Moment,

welcher als noch verhältnismäßig günstig angesehen wurde, eine politische Offensive hart am Rande des großen Krieges zu wagen, welche freilich angesichts der österreichisch-ungarischen Ungeschicklichkeiten und der unnachgiebigen Haltung Rußlands vollständig scheiterte und den Männern um Bethmann Hollweg sehr gegen ihre Neigungen schließlich keine andere Alternative mehr ließ, als die Kriegsfurie ihren Lauf nehmen zu lassen. Inzwischen hat Imanuel Geiss eine zweibändige Aktenpublikation über die Julikrise 1914 veröffentlicht, welche die zahlreichen Dokumente der verschiedenen amtlichen Aktenpublikationen, vermehrt um einige wenige bisher unbekannte Stücke, in streng chronologischer Anordnung zum Abdruck bringt und als ein wertvolles Hilfsmittel gelten kann, um sich durch die Fülle des Materials hindurchzufinden. Es ist

freilich zu bedauern, daß diese Dokumentation ausschließlich das Ziel hat, die Entschlüsse der deutschen Regierung aufzuhellen, während die Dokumente der anderen Mächte gleichsam nur als Parenthese herangezogen sind. In dem ausführlichen Kommentar, welcher den Dokumenten beigegeben ist, gibt Geiss offen seine Absicht kund, die Thesen Fritz Fischers über die Verantwortlichkeit Deutschlands am Kriege dokumentarisch zu erhärten; es überrascht demgemäß nicht, daß er in diesem Bestreben zumindest in einigen Fällen über das Ziel hinausschießt und zu Urteilen gelangt, die sich bei unbefangener Überprüfung als unhaltbar oder doch zumindest als überspitzt erweisen. Ganz abgesehen davon erheben sich gegen eine solche positivistische Auffassung von Geschichtsschreibung grundsätzliche Bedenken.

Fischer verschärft seine Thesen

Neuerdings hat freilich Fritz Fischer seinen eigenen Verteidiger insofern im Stich gelassen, als er seine ursprüngliche These hinsichtlich der deutschen Hauptverantwortung am Kriege immer stärker radikalisiert hat. In einem großen Aufsatz in der „Historischen Zeitschrift“, der schon im Jahre 1963 fertiggestellt war, dann aber erst 1964 erschien, verteidigte Fritz Fischer nicht nur seine bisherige Deutung, sondern suchte sie insofern zu stützen, als er den Entschluß zum Kriege in aller Form als Folge einer Krise der deutschen wirtschaftlichen Expansion nach dem Südosten zu deuten suchte — ein Nachweis, dem freilich zwingende Kraft fehlt, weil ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Scheitern der deutschen wirtschaftlichen Expansionsbemühungen in Griechenland, Bulgarien und der Türkei und dem deutschen Entschluß vom 5. Juli 1914, in Abänderung des bisherigen Standpunktes des Auswärtigen Amtes (der freilich durch die Erklärungen Wilhelms II. gegenüber dem Erzherzog Franz Ferdinand anlässlich seines Besuches in Wien im März 1913 teilweise unterhöhlt worden war), Österreich-Ungarn in der serbischen Frage bedingungslos zu unterstützen, schlechterdings nicht besteht.

Aber damit nicht genug. In einem großen Artikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 3. September 1965 überraschte Fritz Fischer die Teilnehmer des 12. Internationalen Historikerkongresses, die einen Tag zuvor über eben diese Frage diskutiert hatten, mit einer weite-

ren Verschärfung seines Standpunktes. Er erklärte nun, daß Deutschland den Weltkrieg seit 1913 systematisch vorbereitet habe: „Der Krieg war im Sommer 1914 geistig, militärisch, politisch-diplomatisch und wirtschaftlich wohl vorbereitet. Er mußte nur noch ausgelöst werden“, und dazu kam der Mord von Sarajewo gerade recht. Wenig später hat sich Fritz Fischer zu dem gleichen Fragenkomplex in einer Broschüre „Weltmacht oder Niedergang. Deutschland im Ersten Weltkrieg“ erneut zu diesen Fragen geäußert, wenn auch hier noch (offensichtlich ist der „Zeit“-Artikel später abgefaßt, obwohl er um wenig früher erschien) in etwas zurückhaltenderer Form. Hier heißt es: „Deutschland benutzte Sarajewo bewußt als die sich bietende Gelegenheit, um die Blockierung der deutschen Weltpolitik zu überwinden.“

Man wird Fritz Fischer grundsätzlich darin zustimmen müssen, wenn er einen engen Zusammenhang zwischen dem Drängen der deutschen Nation auf weltpolitische Erfolge in den Jahren vor dem Kriege und der deutschen Politik seit Sarajewo sieht. Ob jedoch seine Grundthese, daß die Reichsleitung seit 1913 zielbewußt auf einen solchen Krieg zugesteuert habe, weil sie die Möglichkeiten, auf friedlichem Wege eine Erweiterung der deutschen Weltstellung zu erlangen, plötzlich blockiert sah, aus den Quellen heraus verifiziert werden kann, bleibt abzuwarten; man darf der angekündigten neuen Untersuchung Fritz Fi-

schers, „Der Krieg der Illusionen“, insofern mit Spannung entgegensehen. Immerhin vermag man das Gefühl nicht ganz zu unterdrücken, daß diese Radikalisierung seiner Ansichten auch die Überzeugungskraft seiner bisherigen Darlegungen zu beeinträchtigen vermag. Wenn auch zuzugeben ist, daß die deutsche Politik sich seit 1906 — ob zu Recht oder zu Unrecht, sei dahingestellt — genötigt sah, Politik mit einer stetigen Steigerung des Kriegsrisikos zu treiben, so will doch die These nicht recht überzeugen, daß die Reichsleitung schon lange vor Sarajewo entschlos-

sen war, die Flucht nach vorn in den großen Krieg zu wagen, zumal unbestritten ist, daß Bethmann Hollweg selbst Gegner eines Präventivkrieges war. Sein ursprüngliches Konzept, zumindest seit 1912, war jenes eines vorsichtigen Ausgleichs mit Rußland und insbesondere auch mit England; davon erhoffte er sich keineswegs, wie Fischer anzunehmen geneigt ist, ein höheres Maß politischer Bewegungsfreiheit für den Augenblick, sondern nur eine allmähliche Besserung des allgemeinen politischen Klimas und auf lange Sicht schließlich weltpolitische Erfolge größeren Stils.

Zu den wirtschaftlichen Zielen Deutschlands

Insofern wird es auch eine umstrittene Frage bleiben, ob es berechtigt ist, die deutschen Kriegsziele des Septembers 1914 samt und sonders auf politische und wirtschaftliche Bestrebungen der Vorkriegszeit zurückzuführen. Gewiß sind die deutschen Kriegsziele von 1914 nicht einfach vom Himmel gefallen; aber das einfache Faktum, daß sie ihre konkrete Ausformung erst in der Belagerungssituation des Jahres 1914 erhielten, sollte doch vor vorschnellen Rückprojizierungen warnen. Dies gilt insbesondere auch für das Mitteleuropaprojekt, welches gewiß vor 1914 viele Anhänger besaß, aber erst in einer völlig veränderten Kriegssituation — und auch dann noch gegen den Willen der Fachressorts — vorwiegend aus politischen Gründen Aktualität erhielt, und zwar im Laufe der Entwicklung mit ganz verschiedenen Zielsetzungen: 1. als ein Projekt, welches die Reichsleitung für den Fall eines Friedensschlusses auf gemäßigter Grundlage in die Lage versetzt hätte, dem uferlosen Annexionismus der deutschen Öffentlichkeit nicht mit gänzlich leeren Händen entgegenzutreten; 2. als Mittel, um Österreich so an Deutschland zu fesseln, daß die „austropolnische“ Lösung ihre Gefahren für Deutschland verloren haben würde; 3. als Mittel, um England die Hoffnung auf einen Erschöpfungssieg zu nehmen, wie dies insbesondere seit dem Frühsommer 1915 von Falkenhayn propagiert wurde; und 4. als Gegenmaßnahme gegen den nach der Pariser Wirtschaftskonferenz des Jahres 1916 zu erwartenden weltweiten Boykott des deutschen Handels auch nach einem Friedensschluß. Wie immer man dieses für die damalige Zeit überaus moderne Projekt auch beurteilen mag, das Deutschland eine wirtschaftliche Hegemoniestellung auf dem Kontinent sichern sollte, der Erste Weltkrieg ist

gewiß nicht ausgebrochen, um die „Vereinigten Staaten von Europa“ unter deutscher Vorherrschaft zu begründen. Und was die territorialen Ziele Deutschlands angeht, so besteht einstweilen kein Grund, Bethmann Hollwegs Aussage anzuzweifeln, wonach Deutschland bei Kriegsausbruch keine Ziele gehabt habe, die nur durch Krieg zu erreichen gewesen wären.

Die bisherige Forschung hat sich für ihre Auffassung, daß Deutschland in den Jahren vor dem Kriege vorwiegend auf die Karte wirtschaftlicher Expansion gesetzt habe, meist auf die Schrift Ruedorffer Riezlers, „Grundzüge der Weltpolitik“, aus dem Jahre 1914 bezogen. Nachdem nun noch Karl Dietrich Erdmann auf das der allgemeinen Forschung leider immer noch nicht zugängliche Riezler-Tagebuch zurückgegriffen hat, um die vergleichsweise gemäßigte Linie der Politik Bethmann Hollwegs zu belegen, ist neuerdings auch Riezler in den Streit der Meinungen hineingezogen worden. In einer allerdings recht kasuistischen Weise hat jüngst Imanuel Geiss nachzuweisen versucht, daß derselbe Riezler, den Dietrich Schaefer während des Ersten Weltkrieges auf Grund der gleichen Quellen als Protagonisten eines schwächlichen Pazifismus attackierte, mit hochgradiger Wahrscheinlichkeit ein Befürworter einer militärischen Lösung des gordischen Knotens der deutschen Weltpolitik gewesen sei. Welche Umkehrung der Wertungen! Es bleibt abzuwarten, wie die weitere Forschung auf solche Interpretationen am Rande des Möglichen reagieren wird. Überzeugender ist der Versuch Andreas Hillgrubers, aus Riezlers Schriften eine Theorie des kalkulierten Kriegsrisikos abzuleiten, welche Bethmann Hollweg in den

kritischen Wochen des Juli 1914 geleitet haben dürfte. Eines bleibt freilich — wie immer man die Riezler-Tagebücher auch auslegen mag — als unbestreitbar zurück: der bestürzende Fatalismus, mit dem weite Kreise der deutschen (wenn auch gewiß nicht nur der

deutschen) Öffentlichkeit und mit ihnen die leitenden Männer der deutschen Politik den kommenden großen Krieg erwarteten — eine Geisteshaltung, die ohne jede Frage im Augenblick der Krise den Willen zur Erhaltung des Friedens entscheidend geschwächt hat.

Die Beurteilung der deutschen Politik während des Krieges

Damit kommen wir zu dem zweiten großen Problemkreis: der Beurteilung der deutschen Politik während des Krieges selbst. Hier ist es noch schwieriger, die Vielfalt der im Zuge der wissenschaftlichen Diskussion über die Thesen Fritz Fischers vertretenen Ansichten vollständig zur Darstellung zu bringen. Es soll jedoch versucht werden, wenigstens die wichtigsten Positionen, die sich im Laufe der Auseinandersetzungen herauskristallisiert haben, zu charakterisieren.

Wie wir schon angedeutet haben, hat sich die Kritik an dem Buch Fritz Fischers anfänglich insbesondere gegen seine Deutung der Person und der Politik des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg gerichtet. Es bleibt ein unbestreitbares Verdienst Fritz Fischers, erstmals die Kriegszielplanungen, welche von den einzelnen Ressorts unter der Verantwortung und im Auftrag Bethmann Hollwegs ausgearbeitet worden sind, in ihrem vollem Umfang bekanntgemacht zu haben. Jedoch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Fischer in seinem Bestreben, die machtpolitischen Zielsetzungen der Reichsleitung — im Gegensatz zu der bisher herrschenden Meinung — möglichst prägnant herauszuarbeiten, zumindest an verschiedenen Stellen erheblich zu weit geht. Auch sonst sehr wohlmeinende Rezensenten wie etwa Klaus Epstein beanstandeten, daß Fischer Äußerungen Bethmann Hollwegs gegenüber Dritten ohne weiteres als Beweis für dessen persönliche Meinung werte, da doch klar zutage liege, daß der Kanzler mit Absicht *all things to all men* habe sein wollen. Fischers Bild vom zielbewußten Machtpolitiker Bethmann Hollweg mit einer eigenen weitreichenden imperialistischen Konzeption geht am Wesen der Persönlichkeit des ersten Kriegskanzlers vorbei, der auch in der Kriegszielfrage nach einer Diagonale suchte und wenigstens anfänglich auf eine gewisse Mäßigung der hochgeschraubten Erwartungen der erregten öffentlichen Meinung hinzuwirken versucht hat. In einer feinsinnigen Studie hat neuerdings Karl Dietrich Erdmann auf Grund der Riezler-Tagebücher die große Kluft beschrie-

ben, die Bethmann Hollweg von den naiven machtpolitischen Aspirationen der Alldeutschen und ihrer bürgerlichen und konservativen Gefolgsleute trennte. Auch Janßen hebt in seinem glänzenden Buch über die Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten, das zugleich einen wesentlichen Beitrag zur Erhellung der verfassungspolitischen Struktur des spätwilhelminischen Reiches leistet, die vergleichsweise gemäßigte Linie des Kanzlers hervor. Und selbst der „DDR“-Historiker Willibald Gutsche attestiert Bethmann Hollweg, daß seine Kriegsziele jene der gemäßigten Richtung des „deutschen Monopolkapitals“ gewesen seien, während er zur Schwerindustrie, der es insbesondere gelungen war, den Generalgouverneur von Belgien, v. Bissing, für ihre Ziele einzunehmen, in scharfem Gegensatz gestanden habe. Es ist wohl kaum zu bestreiten, daß Fritz Fischer und desgleichen Imanuel Geiss in der Frage des sogenannten polnischen „Grenzstreifens“ infolge der Begrenztheit ihrer Fragestellung, die sich ganz auf den Nachweis des Umfangs des deutschen Machtstrebens konzentriert, die schwierige innenpolitische Situation des Kanzlers und seiner Mitarbeiter sowohl gegenüber der Öffentlichkeit wie gegenüber den militärischen Instanzen, die zu immer erneutem Taktieren und Temporisieren zwang, nicht genügend berücksichtigt haben. Fraglos muß es jeden Kenner der Materie stören, den außerordentlich scharfen Gegensatz Bethmann Hollwegs zu den Alldeutschen und ihren industriellen und hochkonservativen Hintermännern, der die Stellung des Kanzlers in jenen Jahren außerordentlich erschwerte, als Angelegenheit zweiten Ranges behandelt zu sehen. Zwischen Bethmanns Septemberprogramm und Claß' erster großer Kriegszielenkschrift bestand eben doch ein himmelweiter Unterschied, und es ist irreführend, wenn Fischer schreibt, beide Dokumente stimmten zumindest in ihrer Tendenz miteinander überein. Andererseits hat Fritz Fischer, wie man sagen muß, mit vollem Recht gegenüber seinen Kritikern eingewandt, daß es nicht um die persönlichen Anschauungen,

sondern um die politische Wirksamkeit Bethmann Hollwegs gehe und daß dieser gar nicht anders hätte handeln können, als er es getan hat. Es hieße dies, die Analyse der Persönlichkeit und der politischen Strategie Bethmann

Hollwegs durch eine Strukturanalyse des politischen Systems zu ergänzen, wozu Fischer zwar dankenswerte Ansätze, aber wegen seiner Vorliebe für gesinnungspolitische Erklärungsmodelle eben bloß Ansätze geliefert hat.

Die Ergebnisse Egmont Zechlins

Gewisse Bemühungen in dieser Richtung werden in den zahlreichen scharfsinnigen, leider aber weit verstreuten Aufsätzen Egmont Zechlins unternommen. Zechlin kommt es vor allem darauf an, den Charakter der Politik Bethmann Hollwegs als Kabinettpolitik im Stil des 19. Jahrhunderts aufzuweisen, der notwendig von vornherein auf einen begrenzten Krieg und einen Verhandlungsfrieden von Kabinett zu Kabinett unter möglicher Ausschaltung der öffentlichen Meinung ausgerichtet gewesen sei. Im einzelnen freilich nicht immer ganz überzeugend, versucht er zu zeigen, daß der Kanzler anfänglich auf eine militärische Zurückhaltung Englands und eine mögliche englische Friedensvermittlung gesetzt habe, bis er dann erkennen mußte, daß England willens war, den Krieg bis zu einer vollen Entscheidung durchzukämpfen. Zechlin legt treffend dar, daß die Frage, auf welche Weise man im Falle einer französischen Niederlage den Kampf gegen England weiterführen solle, für die Entstehung des sogenannten Septemberprogramms von großer Bedeutung gewesen ist. In der Tat rechnen die „Vorläufigen Richtlinien über unsere Politik beim Friedensschluß“ mit der Weiterführung des Krieges durch England, wie übrigens auch aus dem Begleitschreiben des Kanzlers an Delbrück vom 9. September 1914 hervorgeht. Es wäre sonst einigermaßen erstaunlich, daß in diesem Programm England, in den Augen der deutschen öffentlichen Meinung der eigentliche Hauptfeind Deutschlands, überhaupt nicht erwähnt wird. Angesichts der in direktem Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Septemberprogramms stehenden Entwürfe Rechenbergs über von Frankreich für die Dauer des Krieges zu fordernde Vorrechte in den Kanalhäfen und dergleichen und angesichts des Stichworts von der „Kontinentalsperre“ im Riezler-Tagebuch ist der Schluß unabweisbar, daß das Septemberprogramm wenigstens zum Teil als ein Kampfprogramm gegen England zu werten ist. England wäre zusammen mit den Dominions auch nach einer französischen Niederlage, wie sie damals auf deutscher Seite als bevorstehend angesehen wurde,

durchaus in der Lage gewesen, den Krieg fortzuführen oder doch wenigstens Deutschland den Zugang nach Übersee auf absehbare Zeit zu verlegen. Es liegt nahe, daß sich die deutsche Politik für diesen Fall nach Möglichkeiten umsah, wie sie Deutschland eine großräumige kontinentale Machtstellung und Wirtschaftsbasis als Äquivalent für die verlorene überseeische Stellung schaffen könne. Fischers Ansicht, daß in dem Septemberprogramm die Grundzüge der deutschen Kriegszielpolitik bereits fest fixiert gewesen seien und man dann im Verlaufe des gesamten Krieges grundsätzlich daran festgehalten habe, wird sich demnach nicht uneingeschränkt aufrechterhalten lassen.

Wie schwer es ist, von den zahlreichen durch Fritz Fischer erstmals bekanntgemachten Kriegszielprogrammen auf die tatsächliche Haltung des Kanzlers zu schließen, sofern es wirklich zu konkreten Verhandlungen gekommen wäre, zeigt auch der erstaunliche Quellenfund Zechlins hinsichtlich des sogenannten „schlesischen Angebotes“ an Österreich im Zusammenhang der österreichisch-italienischen Verhandlungen vom Frühjahr 1915. Es will nicht so recht in das von Fritz Fischer entworfene Bild des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg passen, daß dieser im März 1915 willens war, einen Teil Schlesiens an Österreich-Ungarn abzutreten, um diesem den Verzicht auf das Trentino zu erleichtern. Es steht außer Frage, daß in der deutschen Öffentlichkeit, sofern sie davon damals erfahren haben würde, sofort ein wilder Sturm gegen den Verzichtspolitiker Bethmann Hollweg losgebrochen wäre. Bethmann Hollweg ist jedoch bereit gewesen, auch dieses Risiko notfalls in Kauf zu nehmen, und er hat es verstanden, nicht nur das gesamte preußische Staatsministerium, sondern auch Wilhelm II. und selbst seinen schärfsten Widersacher Tirpitz dafür zu gewinnen. Die Entwicklung der Dinge ist darüber hinweggegangen. Ist es vermessen, sich ähnliches vorzustellen, sobald es einmal zu ernsthaften Friedensverhandlungen zwischen den Kombattanten gekommen wäre? Viel-

leicht hätte der Kanzler in einer solchen Situation, gestützt auf die Friedenssehnsucht der Massen und Wilhelms II., die Militärs ausmanövrieren können und ebenso kühl vermeintliche oder objektive nationale Interessen geopfert, um sein Ziel eines verhandelten Friedens durchzusetzen. Doch wir müssen zugeben, daß solche Überlegungen in den Bereich der politischen Spekulationen gehören: Die bittere Wahrheit ist, daß es dazu gar nicht hätte kommen können, und zwar unter anderem, weil der Kanzler, wie immer seine letzten

Auffassungen gewesen sein mögen, sich gegen die überwiegend annexionistisch gesonnene Nation und schließlich gegen die 3. OHL nicht durchsetzen können, sei es, weil er davor zurückschreckte, für seine gemäßigten Auffassungen offen zu kämpfen, wie Eugen Schiffer, der ihm persönlich nahestand, nach seinem Sturz gesagt hat, sei es, weil die verfassungspolitische Struktur des spätwilhelminischen Reiches, die den Militärs ein weit über ihr eigentliches Aufgabengebiet hinausreichendes Gewicht verlieh, dies nicht zuließ.

Die Deutung Bethmann Hollwegs bei Gerhard Ritter

Dieser letzten Frage ist die neueste Darstellung der Kriegskanzlerzeit Bethmann Hollwegs gewidmet, die Gerhard Ritter jüngst als Band III seines Werkes „Staatskunst und Kriegshandwerk“ vorgelegt hat. Wie immer man zu den konkreten Urteilen Ritters im einzelnen stehen mag, als Ganzes darf diese Darstellung, die die Ergebnisse der neueren Forschung in einem bemerkenswert vollständigen Umfang zusammenfaßt, als eine große historiographische Leistung gelten. Gegenüber der Darstellung Fischers besitzt sie den großen Vorzug einer anschaulichen Schilderung des Gesamtverlaufes, die auch die Politik der Alliierten und der Vereinigten Staaten ausführlich berücksichtigt. Ritter konnte dafür nicht nur auf eine ebenfalls außerordentlich große Fülle ungedruckten Aktenmaterials zurückgreifen, sondern sich auch auf die inzwischen vorliegende Publikation von Schärer-Grunewald aus den Akten des deutschen Auswärtigen Amtes über die deutschen Sonderfriedensbemühungen während des Ersten Weltkrieges stützen. In scharfem Gegensatz zu Fritz Fischer hält Gerhard Ritter am ursprünglich defensiven Grundgedanken der deutschen Politik fest, aber auch er bestreitet nicht, daß dieser defensive Charakter des Krieges schon sehr bald eine offensive Umdeutung erfahren hat, im Sinne einer Stärkung der Machtstellung Deutschlands auf dem Kontinent, sei es durch das Mittel indirekter wirtschaftlicher Beherrschung, sei es durch offene Annexionen, wenn er auch bestrebt ist, diese Tatsache in einem ungleich milderem Lichte erscheinen zu lassen, als dies bei Fritz Fischer der Fall ist. Man mag die Argumente, die Ritter anführt, um „die Machtträume deutscher Patrioten“ zu Anfang des Krieges begreiflich zu machen, gelegentlich ein wenig sentimental finden, aber grundsätzlich ergibt sich kein so sehr ver-

schiedenes Bild. Auch Ritter bestreitet nicht, daß die deutsche Politik sich utopischen Annexionszielen größten Ausmaßes verschrieb, aber anders als Fischer deutet er dies als Folge der Kriegssituation selbst. Vor allem betont er, daß auch bei wesentlich maßvolleren Zielsetzungen ein Verständigungsfrieden mit den Alliierten nicht zu erreichen gewesen wäre.

Besonderes Interesse verdient in diesem Zusammenhang die Behandlung der belgischen Probleme durch Ritter. Er kommt ebenfalls zu dem Schluß, daß die „ungelöste ‚belgische Frage‘ ... zum Fluch der ganzen deutschen Kriegspolitik geworden“ sei. Aber stärker als Fischer sucht Ritter die Gründe dafür aufzuzeigen, die die deutsche Politik veranlaßten, in irgendeiner Form dauernd auf Belgien Einfluß zu gewinnen. Unter Heranziehung des Tagebuches König Alberts von Belgien vermag Ritter den Verhandlungen zwischen diesem und Mittelsmännern der deutschen Regierung vom Jahre 1916, die Fischer zum ersten Male genauer dargestellt hat, ganz neue Aspekte abzugewinnen. Er zeigt, daß in der damaligen Situation die Chance, das belgische Glacis in indirekter Form dem deutschen Machtbereich anzugliedern, nicht ganz und gar aussichtslos gewesen ist, obgleich man — im Gegensatz zu Ritter — fragen wird, ob Verhandlungen mit einem Monarchen, die gegen den erklärten Willen der belgischen Regierung und wohl auch des belgischen Volkes geführt wurden, wirklich eine dauerhafte und für beide Seiten tragbare Lösung hätten erbringen können. Immerhin hat Bethmann Hollweg diese Aussichten für so ernst genommen, daß er in seinem Kriegszielkatalog für Wilson vom Ende Januar 1917 für Deutschland nur freie Hand dafür verlangte, die belgische Frage in zweiseitigen Abmachungen mit König Albert zu regeln.

Hinsichtlich der Frage eines Ostfriedensschlusses kommt Ritter ebenfalls zu etwas gemäßigteren Folgerungen als Fritz Fischer, so etwa, wenn er Bethmann Hollwegs Ansichten zu diesem Punkte dahin gehend zusammenfaßt, daß „nationale Erwerbswünsche“ keinesfalls einem Sonderfrieden mit Rußland entgegenstehen sollten. Jedoch erscheint uns auch nach Ritters Darlegungen die Frage noch keineswegs eindeutig beantwortet, ob und gegebenenfalls wie weit deutsche Annexionswünsche auch nur begrenzter Art, wie der vielbeschworene, aus strategischen Gründen damals als völlig unentbehrlich angesehene polnische „Grenzstreifen“, über dessen Umfang freilich

immer wieder gestritten worden ist, nicht die deutschen Bemühungen um einen Sonderfrieden mit Rußland erschwert haben. Was die Friedenssondierungen gegenüber der Regierung Kerensky angeht, so ist unseres Erachtens kein Zweifel möglich, daß die OHL und mit ihr der Kaiser die Anbahnung von Friedensverhandlungen auf der Basis des Verzichts auf größere Annexionen zu blockieren bestrebt waren; eine Tatsache, die Bethmann Hollweg zwar bedauerte und die ihn sowohl innenpolitisch wie auch gegenüber der österreichischen Politik in ein katastrophales Zwielicht brachte, gegen die er sich aber gleichwohl nicht offen zur Wehr gesetzt hat.

Ritters Beurteilung der Militärs

Das eigentliche Thema Gerhard Ritters ist freilich die Frage des Einflusses der militärischen Instanzen auf die Entschlüsse der politischen Leitung. Wenn er diesen Faktor in der Entwicklung scharf hervorhebt, so befindet er sich fraglos in Übereinstimmung mit älteren Auffassungen, und man wird gelegentlich finden, daß er in der Betonung desselben weiter geht, als der Sache angemessen ist. Aber seine Behandlung dieses Problems ist dennoch alles andere als konventionell; insbesondere in der Beurteilung Falkenhayns einerseits und Ludendorffs andererseits vollzieht er eine „Umwertung der Werte“, die Beachtung verdient. In völliger Umkehr der bisherigen kriegsgeschichtlichen Literatur zeichnet er ein schlechterdings überraschend positives Bild Falkenhayns, während Hindenburg und insbesondere Ludendorff in schwärzestem Licht geschildert werden. Ritter preist nicht nur die verhältnismäßig maßvolle Haltung Falkenhayns in den Kriegszielfragen, sondern auch seine militärische Strategie, die traditionellermaßen nach den Fehlschlägen der großen, außerordentlich verlustreichen Offensiven bei Ypern und Verdun als verfehlt galt, und zwar weil sie sich der objektiv bedrängten Lage der Mittelmächte sehr viel stärker bewußt geblieben sei als jemals diejenige Ludendorffs. Der große Durchbruch bei Tarnow-Gorlice vom Frühsommer 1915 wird als große strategische Leistung und ein ganz persönliches Verdienst Falkenhayns bezeichnet. Ritter stellt fest, daß es zwischen Falkenhayn und Bethmann Hollweg nur geringe Differenzen in den Kriegszielfragen gegeben habe; beide standen, so heißt es, „in gemeinsamer Front gegen den wild aufgeregten Nationalismus, ‚Militarismus‘ und Anne-

xionismus der öffentlichen Meinung.“ Demgemäß zeigt sich Ritter verwundert darüber, daß es zwischen beiden gleichwohl niemals zu einem Vertrauensverhältnis gekommen sei. An dieser Stelle wäre doch darauf hinzuweisen, daß Falkenhayn, auch wenn die Sorge, wie er diesen Krieg zu einem günstigen Ende führen sollte, zeitweilig schwer auf ihn lastete und ihn zu einer maßvollen, ja gelegentlich fast resignierten Einstellung veranlaßte, eine außerordentlich ehrgeizige Natur war, die insbesondere auf Wilhelm II. einen solchen Einfluß besaß, daß Bethmann Hollweg ständig auf der Hut sein mußte, um die Vorschläge des Generalstabschefs auf politischem Gebiet rechtzeitig zu konterkarieren. Nicht ganz ohne Anhaltspunkte munkelten damals viele Leute von einer bevorstehenden Kanzlerschaft Falkenhayns. Nicht nur hinsichtlich der ungestümen Forcierung der Sonderfriedensbemühungen mit Rußland und des Mitteleuropaprojekts, sondern auch durch seine Haltung in der U-Boot-Frage hat Falkenhayn die politische Position des Kanzlers wiederholt außerordentlich gefährdet. Schließlich war es Bethmann Hollweg selbst, der Falkenhayns Sturz herbeigeführt hat, das Mittel zähen Intrigenspiels dabei nicht scheuend, weil er nicht mehr daran glauben mochte, mit ihm zu einem Frieden zu kommen.

Wenn Bethmann Hollweg gehofft hat, mit Hindenburg und Ludendorff, deren gewaltiges Prestige in der breiten Öffentlichkeit längst zu einem politischen Faktor ersten Ranges geworden war, notfalls auch einen bescheidenen Frieden zu schließen, wie schon Janßen wahrscheinlich gemacht hat, so sah sich der Kanzler freilich sehr bald darin getäuscht. Seine an-

fängliche Taktik, die eigene gefährdete innenpolitische Position mit Hilfe der Autorität der neuen Obersten Heeresleitung abzustützen, erwies sich schon bald als verhängnisvoll, lieferte er sich doch damit auf die Dauer dem Willen Ludendorffs aus. Seit Oktober 1916 verschärfte sich die Gegensätze zwischen der politischen und der militärischen Leitung beständig; ihre Analyse bildet den Kern der Darstellung Ritters. Ritter wendet sich in diesem Zusammenhang wohl kaum ganz zu Unrecht gegen Fischer, der die Spannungen zwischen Ludendorff und der zivilen Reichsleitung, gemessen an dem auf beiden Seiten vorhandenen Willen zur Machterweiterung des Reiches, als zweitrangig betrachtet. Unter Heranziehung von bisher unbekanntem Material aus dem Nachlaß Bauer gelingt es Ritter, die Schärfe der Gegnerschaft der 3. OHL zu Bethmann Hollweg noch deutlicher herauszuarbeiten, als bisher bekannt war. Dennoch wird man sagen müssen, daß Ritter um einiges zu weit geht, wenn er in Ludendorff und seinem politischen Gehilfen Oberst Bauer geradezu den „bösen Geist“ der deutschen Politik sieht. Wenn beispielsweise Erzbergers berühmter Vorstoß im Hauptausschuß vom

5. Juli 1917 als im wesentlichen von Bauer initiiert erscheint und ersterer überhaupt als ein in seinem eigenen Ehrgeiz gefangenes Werkzeug der Obersten Heeresleitung beschrieben wird, so dürfte damit der tatsächliche Sachverhalt doch verzeichnet sein. Soweit wir sehen, unterhielt Oberst Bauer enge Beziehungen zu schwerindustriellen Gruppen; darüber hinaus standen Hindenburg und Ludendorff stark unter dem Einfluß der stetig anwachsenden annexionistischen Propaganda der Rechten. Es hätte die Aufgabe der politischen Leitung sein müssen, diese beizeiten in Grenzen zu halten und der Öffentlichkeit ein wenig ungeschminkter die Wahrheit zu sagen, als dies der Kanzler je gewagt hat. Die große Vertrauenskrise des Juli 1917, der Bethmann Hollweg schließlich zum Opfer fiel, war eben keineswegs bloß das Werk der politisierenden Militärs, sondern eine Folge der tiefen Enttäuschung über das Scheitern des U-Boot-Krieges, welche um so nachhaltiger war, als die Reichsleitung seit dem Frühjahr 1917 der Agitation von der „unfehlbar wirkenden Waffe“, die spätestens im Sommer den Frieden bringen werde, wider besseres Wissen freien Lauf gelassen hatte.

Antiösterreichische Tendenz

Noch ein weiterer Aspekt des Buches von Ritter vermag nicht zu befriedigen, nämlich seine antiösterreichische Tendenz. Es scheint, als ob Ritter der Versuchung nicht hat widerstehen können, Bethmann Hollweg vor der Folie der in schwärzesten Farben geschilderten österreichischen Politik in günstigerem Lichte erscheinen zu lassen. Die Politik des österreichischen Kaisers Karl und seines Außenministers Czernin wird teils als völlig defätistisch, teils als anmaßend annexionistisch, vor allem aber als „heuchlerisch“ geschildert; auch die fatale wirtschaftliche Lage der Donaumonarchie gibt Ritter keinen Anlaß, mildernde Umstände zu gewähren. Dies gilt insbesondere für die berühmte sogenannte Sixtus-Affaire, welche in der Interpretation Ritters vorwiegend als ein machiavellistisches Spiel erscheint, um das Gewicht des österreichischen Bundesgenossen, insbesondere auch in den Kriegszielfragen, hochzuspielen. Wenn Ritter insbesondere bei Kaiser Karl von starken Tendenzen spricht, einen Sonderfrieden mit den Westmächten auf Kosten des Bundesgenossen zu schließen, so wird dies freilich in der neuesten Untersuchung über diesen Gegen-

stand, der großen Darstellung des Ritter-Schülers Wolfgang Steglich über die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18, nicht bestätigt. Im äußersten Falle, so urteilt Steglich, habe die österreichische Diplomatie an einen „legitimen Sonderfrieden“ gedacht, aus dem sich der allgemeine Frieden herausentwickeln lasse. Dies gilt auch für die Friedenssondierungen vom August 1917 über die Mittelsmänner Graf Armand und Graf Revertera; auch in diesem Falle hat Czernin entgegen den Wünschen seiner französischen Verhandlungspartner im Einvernehmen mit Berlin gehandelt, obgleich er nicht ganz darauf verzichtet hat, mit dem Hinweis auf ein Sonderfriedensangebot die deutsche Politik nachgiebiger zu stimmen und für Konzessionen in der belgischen und der elsäß-lothringischen Frage zu gewinnen.

Die Untersuchung von Steglich, die sich auf die einschlägigen Akten des deutschen Auswärtigen Amtes und des österreichischen Außenamtes stützt, die Akten der Reichskanzlei jedoch nicht hinzugezogen hat, darf als definitive Darstellung der schwierigen Materie der deutschen und österreichischen Frie-

denssondierungen der Jahre 1917/18 gelten, obgleich man die Beschränkung der Fragestellung auf den engen Sektor der auswärtigen Politik im klassischen Sinne bedauern muß. Die Darstellung ist offensichtlich unabhängig von derjenigen Fritz Fischers entstanden und setzt sich mit dieser nur in dem unvermeidlichen Mindestmaß auseinander. Gleichwohl kommt sie hinsichtlich der Gesamtbeurteilung der deutschen und der österreichischen Politik jenes Zeitraumes zu wesentlich milderem Urteilen, wie schon die Wahl des Titels andeutet. Auch wenn Steglich die weitgehenden

deutschen und österreichischen Bestrebungen auf Erweiterung ihres Machtbereichs nicht beschönigt, gelangt er zu dem einigermaßen herausfordernden Schluß, daß in dieser Phase der Entwicklung wohl die Staatsmänner der Mittelmächte einem „Behauptungsfrieden“ hätten zustimmen können, der dem Status quo gleichgekommen oder zumindest nahegekommen wäre, nicht aber die Westmächte, weil ein Verhandlungsfrieden, „der auf eine Anerkennung der ungebrochenen deutschen Großmachtstellung hinauslief“, das Gefüge der Entente erschüttert hätte.

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen

Gewiß wird dies nicht das letzte Wort in der hitzigen Debatte über die deutsche Politik während des Ersten Weltkrieges bleiben. Diese hat sich ja, wenn man von dem Buch Steglichs absieht, vorläufig vornehmlich auf die ersten Kriegsjahre konzentriert; erst allmählich rücken auch die Vorgänge der späteren Kriegszeit in das allgemeine Interesse. Insbesondere die deutschen Friedensschlüsse von Brest-Litowsk, von denen schon damals Max Weber sagte, daß man dadurch das Schicksal herausgefordert habe, sind freilich schon länger Gegenstand der Aufmerksamkeit der Wissenschaft. Hier stehen sich die Fronten freilich noch ziemlich unvermittelt gegenüber; während Fischer und seine Schule in Brest-Litowsk nur den konkreten Ausdruck dessen sehen wollen, was man schon im September 1914 ins Auge gefaßt habe, hebt insbesondere Steglich den kriegsbedingten Charakter der Friedensschlüsse hervor, die keineswegs in allen Dingen vollendete Tatsachen schaffen sollten. Jedenfalls habe sich Kühlmann, damals Staatssekretär des Äußeren, in den Verhandlungen von Brest-Litowsk von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß die Friedensbestimmungen im Falle eines allgemeinen Friedens selbstverständlich erneut Gegenstand der Verhandlungen aller Mächte werden würden.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung über alle diese Fragen kann zur Stunde noch keineswegs als abgeschlossen gelten. Ganz im Gegenteil: es scheint, als ob dadurch der Prozeß einer grundsätzlichen Überprüfung des traditionellen deutschen Geschichtsbildes beschleunigt worden sei, die weit über die Probleme des Ersten Weltkrieges selbst hinausgeht. Sehr viel unbefangener und sehr viel kritischer als bisher bemüht sich eine jüngere

Generation der deutschen Historiker darum, die Krankheitsherde der deutschen Gesellschaft zu erfassen, die schließlich den Nährboden für den plötzlichen Aufstieg des Nationalsozialismus abgegeben haben. Man darf es unter diesem Aspekt als ein großes und bleibendes Verdienst der Untersuchungen Fritz Fischers über die deutsche Kriegspolitik im Ersten Weltkrieg ansehen, allzu traditionelle Anschauungen zerstört und Tabus gebrochen und dergestalt der historischen Forschung neue Wege gewiesen zu haben, ganz gleich, wie man zu seinen Ergebnissen im einzelnen stehen mag.

Man darf hoffen, daß die zunehmende Verlagerung der Forschung auf die innenpolitischen Fragen zugleich eine weitere Versachlichung der Diskussion mit sich bringen wird. Wenn in der Frage der Beurteilung die Meinungen in so ungewöhnlich scharfer Weise aufeinandergeprallt sind, so erklärt sich dies letztlich aus dem Umstand, daß es der deutschen zeitgeschichtlichen Forschung während der Jahre der Herrschaft des Nationalsozialismus verwehrt war, an eine unbefangene, vorurteilslose Klärung dieser brennenden Fragen der jüngeren deutschen Vergangenheit heranzugehen. Infolgedessen haben sich die Vorurteile, Ressentiments und Standpunkte der Zeitgenossen gleichsam aufgestaut, statt einem kontinuierlichen Prozeß der Revision unterworfen zu sein, wie dies sonst die Regel zu sein pflegt. Insofern ist auch die Auseinandersetzung über die deutschen Kriegsziele 1914—1918 nur ein Symptom für die Tatsache, daß die Deutschen infolge der krisenhaften Umbrüche in der deutschen geschichtlichen Entwicklung seit 1918 noch nicht wieder zu einem einheitlichen Geschichtsbewußtsein zurückgefunden haben.

Die Kriegsschuldfrage — Das Ende eines Tabus

Tabu mit unterschiedlichen Funktionen

Die — zumindest relative — Unschuld des Deutschen Reichs am Ausbruch des Ersten Weltkriegs war jahrzehntelang für die meisten Deutschen eine Selbstverständlichkeit, an der nicht zu rütteln war. Je nach der historischen Situation hatte das Tabu unterschiedliche Funktionen zu erfüllen: Anfang August 1914 sollte es die SPD in den Krieg bringen, England nach Möglichkeit aus dem Krieg halten. Im Krieg sollte es Neutrale wie Deutsche von der Gerechtigkeit der deutschen Sache überzeugen. Nach dem Krieg klammerten sich sogar die ersten Linksregierungen an das Dogma der deutschen (relativen) Unschuld, in der Hoffnung, so für das geschlagene Reich einen glimpflicheren Frieden herauschlagen zu können. Nach ihrem Scheitern in Versailles wandten sich die späteren Regierungen der Weimarer Republik (vom Dritten Reich ganz zu schweigen) und die deutsche Öffentlichkeit wieder von der immerhin partiell aufgeschlossenen Linie der Revolutionsregierungen ab, die schließlich den Untersuchungsausschuß ermöglicht hatten.

Wie wirkungsvoll die deutsche Unschuldskampagne war, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich, der dem größten Teil der

Welt die deutsche Verantwortung auch für den Ersten nachträglich nur bekräftigte. Nicht so in Deutschland. Nach einigen Jahren anfänglicher Verwirrung und nationaler Zerknirschung, aus der einige kritische Töne, besonders bei Friedrich Meinecke, laut wurden, kehrten die meisten deutschen Historiker wieder zur alten Linie zurück. Zu den früheren vaterländischen Argumenten war ein neues hinzugetreten, das die Geschichte geliefert hatte: War man bereit, die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg auf das deutsche Konto zu nehmen (um es anschließend auf das Privatkonto Hitlers umzubuchen), so nicht für den Ersten. Schon aus Gründen der moralischen Selbsterhaltung mußten sich die düsteren Ereignisse des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkriegs von einer intakt zu haltenden helleren Folie des Zweiten Reiches und Ersten Weltkrieges abheben. Der deutsche Griff nach der Weltmachtstellung durfte erst 1939 stattgefunden haben. Versailles, ohnehin Inbegriff des Bösen, avancierte zur nationalen Ausrede für Hitler und den Zweiten Weltkrieg. Da sich die neue Lehre restaurierte, kam es zu keiner neuen Erforschung oder Neuinterpretation des Kriegsausbruches von 1914.

Sarajewo war das Stichwort für das Reich

Ein halbes Jahrhundert nach dem Ereignis, in der Distanz, die zwei Weltkriege und fast zwei Jahrzehnte in der zweiten deutschen Republik geschaffen haben, ist es für eine neue Generation von Historikern, die weder mit der „Erhebung vom August 1914“ (Erdmann) noch dem „Kriegserlebnis“ von 1914 bis 1918 aufgewachsen ist, für die das in einer hysterischen Atmosphäre geschaffene Nationaltabu von einst keine Schrecken mehr birgt, eher möglich, eine rationale Analyse des Kriegsausbruchs 1914 zu formulieren und zu akzeptieren. Hat man einmal das Quellenmaterial zur Kenntnis genommen, so läßt sich das komplizierte Geschehen auch auf knappem Raum wiedergeben.

Die Ereignisse unmittelbar nach Sarajewo lassen sich nach allem Gesagten einfach erklären: Sarajewo erweist sich als das Stichwort für das Reich, um sich in historische Taten zu stürzen, obwohl Österreich aus geographischen Gründen den ersten Schlag gegen Serbien führen mußte. Die Österreicher waren sich jedoch zunächst gar nicht so einig darüber, was sie tun sollten. Nur Conrad von Hötzendorf, der Chef des k. u. k. Generalstabs, drängte, unterstützt von einigen hohen Beamten im Ministerium des Äußeren und dem größten Teil der deutschsprachigen Presse, auf sofortigen Krieg gegen Serbien. Außenminister Berchtold, der ungarische wie der österreichische Ministerpräsident, Tisza und Stürgkh, zögerten und

plädierten für gemesseneres Vorgehen. Aber selbst Conrad sah ein, daß er keinen Krieg gegen Serbien ohne deutsche Rückendeckung gegen Rußland führen konnte. So lag die Entscheidung in Wirklichkeit bei Deutschland.

Auch an der Spitze des Reichs war man sich nach Sarajewo nicht gleich schlüssig über die einzuschlagende Politik. Das Auswärtige Amt sah deutlich die Konsequenz eines österreichischen Kriegs gegen ein von Rußland gedecktes Serbien — den Weltkrieg. Daher riet es anfänglich den Österreichern wie Serben Mäßigung an. Der deutsche Generalstab wollte sich aber die mit Sarajewo gebotene Gunst der Stunde für einen Präventivkrieg nicht nehmen lassen und drängte darauf, die Chance auszunützen. In dieser Situation gab das Wort des Kaisers den Ausschlag. Wilhelm II. war über den Mord empört, schon weil er gegen die von ihm geheiligten monarchischen Prinzipien verstieß. Als er den Bericht des deutschen Botschafters in Wien, von Tschirschky, vom 30. Juni erhielt, in dem er seine mäßigenden Ratschläge in Wien mitteilte, bedeckte der Kaiser das Dokument, wie so oft, mit zügellosen Rand- und Schlußbemerkungen und steuerte die köstliche Parole „Jetzt oder nie!“ bei, die tatsächlich zum Leitstern der deutschen Diplomatie in der Julikrise 1914 wurde.

Am 5. Juli kam Graf Hoyos, ein leitender Beamter im k. u. k. Außenministerium, mit zwei Dokumenten zur österreichischen Balkanpolitik nach Berlin. Noch am gleichen Tag überreichte der österreichische Botschafter, der alte,

aber noch keineswegs senile Graf Szögyény, um die Mittagszeit dem Kaiser während einer Sonderaudienz im Potsdamer Neuen Palais die beiden Schriftstücke. Bei dieser Gelegenheit führte Szögyény offensichtlich eine recht kriegslustige Sprache, obwohl die beiden Dokumente seiner Regierung, wenn überhaupt, dann nur zwischen den Zeilen vom Krieg sprachen. Nach anfänglichem Zögern versprach Wilhelm II. der Doppelmonarchie die Rückendeckung durch Deutschland, was bald als die deutsche Blankovollmacht für Österreich bekannt wurde. Der Kaiser begnügte sich jedoch nicht mehr, dem Verbündeten freie Hand gegen Serbien zu geben. Er bedrängte Wien, das offensichtlich noch nicht zu einer Entscheidung gekommen war, den Krieg gegen Serbien so rasch wie möglich zu eröffnen. Reichskanzler Bethmann Hollweg und des Kaisers übrige im Augenblick erreichbare Berater deckten und billigten anschließend die kaiserliche Zusage.

Als Bethmann Hollweg nach Hohenfinow zurückkehrte, berichtete er seinem Intimus Riezler über die Vorgänge in Potsdam. Riezlers Notizen in seinem inzwischen berühmten gewordenen Tagebuch lassen erkennen, daß sich der Kanzler nicht nur über die möglichen Konsequenzen seines „Sprungs ins Dunkle“ klar war — Krieg mit England, also der Weltkrieg —, sondern daß er auch offensichtlich bereits so früh einen Krieg mit Rußland und Frankreich anvisierte, während ein noch so großer diplomatischer Sieg — Frankreich läßt Rußland fallen, Rußland daraufhin Serbien — anscheinend nur die zweitbeste Lösung gewesen wäre.

Deutschland drängt Österreich zur Eile

Unter dem Eindruck der deutschen Zusicherungen schwenkte Berchtold auf Conrads Linie ein. Seine Kabinettskollegen folgten ihm, als letzter Tisza, ebenso Kaiser Franz Joseph. Daraufhin liefen in Wien und Berlin die Vorbereitungen für den Schlag gegen Serbien an: Ein absichtlich unannehmbar formuliertes Ultimatum an Belgrad sollte die Überleitung zum Krieg gegen Serbien bilden. Das Ultimatum war in Belgrad erst nach Abreise des Staatspräsidenten Poincaré und seines Ministerpräsidenten und Außenministers Viviani aus Petersburg zu überreichen, also am 23. Juli. Die deutsche Reichsleitung schickte sich unwillig in die damit verbundene Verzögerung, angeblich, wie es nach 1919 bis heute hieß, aus Sorge um die Erhaltung des Weltfriedens, in

Wirklichkeit, weil sie fürchtete, die Österreicher könnten, je länger der Schlag auf sich warten ließ, doch noch weiche Knie bekommen und den Serben Gelegenheit zum rechtzeitigen Einlenken geben.

Mittlerweile taten die Regierungen in Wien und Berlin alles, um nach außenhin einen friedlichen Eindruck zu erwecken, als sei nichts geschehen. Die beiden Kaiser genossen ihre traditionellen Sommerferien in Ischl bzw. auf der kaiserlichen Jacht „Hohenzollern“ in norwegischen Gewässern. Die führenden Militärs blieben im Urlaub oder wurden in ostentativen Urlaub geschickt, kehrten aber in ihre jeweilige Hauptstadt zurück, kurz vor oder nach Überreichung des Ultimatus in Belgrad, die

die Julikrise eigentlich erst eröffnete. Nach der Hoyos-Mission vom 5./6. Juli hielt Wien die deutsche Regierung über die normalen diplomatischen Kanäle über alle Phasen der Vorbereitungen gegen Serbien auf dem laufenden, während Berlin in Wien auf das Tempo drückte, um die „Aktion“ gegen Serbien so rasch wie möglich zu eröffnen. Intern beschwerten sich die Deutschen über den Mangel österreichischer Energie, und das Auswärtige Amt äußerte gar am 18. Juli den finsternen Verdacht, die Wiener seien unglücklich über das deutsche Drängen auf Eile. Der deutsche Verdacht war nicht unberechtigt: Die Österreicher hatten sich zu einem Entschluß erst unter dem Eindruck der deutschen Zusage vom 5. Juli aufgerafft. Aber selbst dann wollten sie recht bedächtig vorgehen. Gewiß wollten sie nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen die Mobilmachung gegen Serbien einleiten, aber ursprünglich hatten sie vor, mit Kriegserklärung und Eröffnung der Feindseligkeiten bis zum Abschluß der Mobilmachung zu warten, also bis zum 12. August. Der Wilhelmstraße erschien ein solcher Zeitverlust jedoch untragbar, da sie eine diplomatische Intervention der Mächte fürchtete, die Serbien vor ungerechtfertigten Demütigungen zu retten versuchen würden. Da die Reichsleitung auf keinen Fall eine derartige Vermittlung dulden wollte, trieb sie die Wiener Regierung an, den Krieg sofort nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu erklären und die Feindseligkeiten tatsächlich zu eröffnen, nachdem in Berlin der gemächliche Fahrplan der Österreicher bekanntgeworden war. Am 25. Juli ließ Jagow die Wiener durch Botschafter Szögyény wissen, daß die deutsche Regierung „hier allgemein als sicher voraussetzt, daß auf eventuelle abweisende Antwort Serbiens sofort unsere

Kriegserklärung, verbunden mit kriegerischen Operationen, erfolgen werde. Man sieht hier in jeder Verzögerung des Beginnes der kriegerischen Operationen große Gefahr betreffs Einmischung anderer Mächte. Man rät uns dringendst, sofort vorzugehen und die Welt vor ein fait accompli zu stellen.“

Andererseits weigerte sich Jagow zur gleichen Zeit, britische Vermittlungsvorschläge nach Wien weiterzuleiten oder gar zu befürworten, indem er die Sorge vorschützte, Österreich könnte, wenn es einen Druck von außen spüre, die Ereignisse überstürzen und die Welt mit einem fait accompli konfrontieren. Als Österreich, unter deutschem Druck, den Krieg sofort nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen erklärte, scheute sich Jagow nicht, dem britischen Botschafter in Berlin, Sir Edward Goschen, mit gespielter Besorgnis zu erklären, nun sei genau das eingetreten, wovor er gewarnt habe, daß die Österreicher die Dinge überstürzten als Antwort auf Vermittlungsvorschläge von dritter Seite.

Der deutsche Druck in Wien auf sofortige Kriegserklärung hatte unmittelbare und durchschlagende Wirkung: Am 26. Juli machte sich der vor der deutschen Zusage „so ängstliche und unsichere Berchtold“ (Ritter), der von Hause aus eher feige als aggressiv war, den deutschen Standpunkt zu eigen, energisch sekundiert von Tschirschky. Conrad, obwohl immer als der Kriegslüsternde auf seiten der Mittelmächte hingestellt, war keineswegs glücklich über diese plötzliche Eile. Er hätte sich lieber an den ursprünglichen Terminplan gehalten, aber er gab nach, und in Wien fiel am 26. Juli die vorläufige, am 27. Juli die definitive Entscheidung, den Krieg schon am 28. Juli zu erklären.

Osterreichisches fait accompli

Jetzt hatte Berlin eines der deutschen Nahziele in der Julikrise erreicht: Österreich hatte die Welt mit einem fait accompli konfrontiert, nämlich mit einer sofortigen Kriegserklärung, die allen Vermittlungsversuchen von vornherein den Boden entzog. Am folgenden Tag überstürzten die Österreicher die Entwicklung noch weiter, indem sie auch die Feindseligkeiten eröffneten, mit der Beschießung Belgrads durch k. u. k. Artillerie. Die unmittelbare Wirkung kam einer diplomatischen Katastrophe gleich: Die Russen sahen zu Recht in der Beschießung Belgrads den Auftakt zu den militä-

rischen Operationen gegen Serbien. Bereits am Tag zuvor hatten sie die Teilmobilmachung verfügt, um Österreich von einem Angriff gegen Serbien abzuhalten. Nun hielten die russischen Generale den Krieg mit Österreich und Deutschland für unmittelbar bevorstehend und drängten auf sofortige russische Generalmobilmachung, da sie notorisch langsamer als die österreichische oder gar deutsche war. Der Zar stoppte noch einmal die Generalmobilmachung und ordnete die Rückkehr zur Teilmobilmachung an, als er am Abend des 29. Juli das erste Telegramm von Wilhelm II. in der Juli-

krise erhielt. Am nächsten Nachmittag erneuerten die Generale und Außenminister Sasnow jedoch ihr Drängen; Nikolaus II. gab wieder nach, und die Generalmobilmachung wurde ein zweites Mal verfügt: am 30. Juli um 18 Uhr.

Die deutsche Regierung tat ihrerseits zwei Schritte, die den Gang der Ereignisse beschleunigten: Noch am 27. Juli hatte Jagow dem französischen Botschafter Jules Cambon und dem britischen Geschäftsträger Sir Horace Rumbold versichert, Deutschland würde nicht mobil machen, solange Rußland nur im Süden, gegen Österreich-Ungarn, mobil mache. Zwei Tage später traf jedoch im Auswärtigen Amt

ein ausführliches Memorandum von General Moltke „Zur Beurteilung der politischen Lage“ ein, dessen Argumente auf die Forderung nach deutscher Mobilmachung als Antwort schon auf die russische Teilmobilmachung hinausliefen. Wiederum fügte sich das Auswärtige Amt den Generalen. Am 30. Juli verlangte Berlin von Rußland die Zurücknahme nicht nur der Generalmobilmachung gegen Deutschland, sondern auch der Teilmobilmachung gegen Österreich. Als Jules Cambon den deutschen Staatssekretär an seine Erklärung vom 27. Juli erinnerte, meinte Jagow, offensichtlich mit einem Achselzucken, die Generale wollten es so, und seine Worte seien ohnehin keine feste Verpflichtung gewesen.

Mäßigende Initiative des Kaisers wird zunichte gemacht

Der zweite Schritt war mindestens ebenso gravierend: Während sich die Entente-Mächte verzweifelt abmühten, den lokalen Krieg zu verhindern, um dem Kontinentalkrieg oder gar Weltkrieg vorzubeugen, indem sie eine ganze Serie von Vermittlungsvorschlägen unterbreiteten, hatte die deutsche Regierung diese Anregungen entweder glatt zurückgewiesen oder sie nur formal, ohne sie zu empfehlen, nach Wien weitergeleitet. Nun machte sie auch noch die einzige von deutscher Seite kommende Initiative zunichte, nämlich vom Kaiser persönlich. Wilhelm II. hatte seine Nordlandreise abgebrochen, als er vom Bruch der Beziehungen zu Serbien erfuhr, und war am 27. Juli nach Potsdam zurückgekehrt. Früh am anderen Morgen las er die serbische Antwort auf das österreichische Ultimatum. Wie fast ganz Europa außerhalb Deutschlands und Österreichs, war der Kaiser von der serbischen Antwort tief beeindruckt, die bis auf einen Punkt und einige Vorbehalte praktisch alle Forderungen akzeptiert hatte. Plötzlich war seine ganze Kriegslust verflogen, und er schrieb an den Rand: „Eine brillante Leistung für eine Frist von bloß 48 Stunden. Das ist mehr, als man erwarten konnte! Ein großer moralischer Erfolg für Wien, aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Darauf hätte ich niemals Mobilmachung befohlen!“

Sofort wies er das Auswärtige Amt an, in Wien zu erklären, die Österreicher sollten die

serbische Antwort akzeptieren. Zur Satisfaktion der Armee und als Garantie für die serbischen Zusagen sollten sie sich mit der Besetzung Belgrads begnügen und mit den Serben für die ausstehenden Vorbehalte verhandeln.

Das Auswärtige Amt ergriff offensichtlich eine Panik beim Anblick der Schwäche, die der Monarch plötzlich zeigte. Nun drohte der seit beiden Marokkokrisen gefürchtete Augenblick wiederzukommen: der Kaiser würde die Nerven verlieren und zum Rückzug blasen. Diesmal hörten das Auswärtige Amt und Bethmann Hollweg nicht, wie am 5. Juli, auf den Souverän. Der Kanzler schickte eine Instruktion an Tschirschky erst am Abend des 28. Juli, nachdem er von der österreichischen Kriegserklärung an Serbien wußte. Außerdem verfälschte er den Sinn der kaiserlichen Anweisung, indem er den entscheidenden Satz unterschlug, daß jeder Kriegsgrund mit der serbischen Antwort entfalle. In Bethmanns Version galt die Besetzung Belgrads nicht als Garantie für die Einhaltung der serbischen Zusagen, sondern als Druckmittel, um Serbiens totale Unterwerfung unter das österreichische Ultimatum zu erzwingen. Schließlich fügte der Kanzler noch eine Erläuterung seines Schritts hinzu, die jede etwa noch verbliebene vermittelnde Wirkung vernichten mußte. Unter solchen Umständen hatte die Demarche, als von Tschirschky sie ausführte, natürlich keinen Erfolg, ebenso wenig wie ein paralleler britischer Vorschlag.

England bleibt nicht neutral

Nachdem die Dinge so weit gediehen waren, unternahm Bethmann Hollweg den gewichtigsten Schritt, den Versuch, sich die britische Neutralität zu sichern. Am 29. Juli hatte er das deutsche Ultimatum („Sommation“) an den deutschen Gesandten in Brüssel schicken lassen. Die geplante Verletzung der belgischen Neutralität machte ein britisches Stillhalten zumindest wünschenswert, wenn nicht gar lebensnotwendig für das Gelingen der deutschen Pläne. Am Abend des 29. Juli rief der Kanzler, nach Beratungen in Potsdam mit dem Kaiser und seinen militärischen Beratern, den britischen Botschafter zu sich und fragte an, ob England neutral bleiben werde, wenn Deutschland zusichere, kein französisches oder belgisches Territorium auf dem europäischen Kontinent zu annektieren. Die Reaktion des Foreign Office war vernichtend, wie vor allem Crowes Vermerk zeigt.

Eine britische Antwort auf das deutsche Ansinnen erübrigte sich jedoch, denn kaum hatte Goschen den Kanzler verlassen, als ein Telegramm aus London eintraf, in dem der deutsche Botschafter Lichnowsky die Warnung Greys übermittelte, England könne nicht neutral bleiben, wenn Frankreich in einen Kontinentalkrieg hineingezogen würde. Jetzt endlich hatte Grey so gesprochen, daß sogar der deutsche Reichskanzler jede Hoffnung auf eine britische Neutralität fahren lassen mußte, auf

eine Neutralität, die Deutschlands sicheren Sieg im bevorstehenden Kontinentalkrieg bedeutet hätte. Bethmann Hollweg sah nun klar die Konsequenzen aus Greys Warnung — den Weltkrieg, den Deutschland kaum würde gewinnen können. In seiner Panik versuchte er das zu retten, was zu retten schien. Jetzt plötzlich bedrängte er die Österreicher, ihre Haltung zu überprüfen, aber er ging niemals so weit, ihnen zu bedeuten, sie sollten nun auf ihren Krieg gegen Serbien verzichten. Er plädierte nur für die Annahme einer britischen Version der kaiserlichen „Halt-in-Belgrad“-Idee und für Verhandlungen mit Rußland, in denen die Österreicher aber nur ihren Annexionsverzicht in Serbien wiederholen sollten, was, wie der Kanzler wissen mußte, die Russen bereits als unzureichend abgelehnt hatten. Bethmann Hollweg machte diese Vorschläge offenbar in der vagen Hoffnung, England würde sich vielleicht doch noch aus dem Krieg heraushalten, wenn Rußland als der Schuldige erschien, während er gleichzeitig die deutsche Öffentlichkeit, vor allem die Sozialdemokratie durch die Demonstration seiner friedlichen Absichten für sich gewinnen wollte, namentlich durch die Mobilisierung antizarischer Affekte bei der SPD. Der Kanzler wollte dem gerade erst zwei Tage alten lokalen Krieg kein schnelles Ende bereiten, sondern er wollte die deutsche Position in einem größeren Konflikt moralisch aufbessern.

Die russische Generalmobilmachung

Bethmann Hollweg scheiterte in seiner ersten Zielsetzung: England blieb nicht neutral. Er war nur zu erfolgreich in seiner zweiten: Die SPD unterstützte die kaiserliche Politik im Krieg, und Rußland gilt in Deutschland noch heute als der Hauptverantwortliche für den Kriegsausbruch. Um Rußland die Schuld zuzuschreiben, widersetzte sich der Kanzler auch erfolgreich dem Drängen des Generalstabs nach einer deutschen Mobilmachung vor der russischen Generalmobilmachung. Der Kanzler gab zu bedenken, man könne „nicht politische und militärische Aktionen gleichzeitig betreiben“, wie er am 30. Juli im preußischen Staatsministerium erklärte, in anderen Worten, es sei unmöglich, Rußland die Schuld zuzuschreiben und gleichzeitig den Russen mit der Generalmobilmachung zuvorzukommen.

Am 29. Juli sahen die deutschen Generale noch Bethmann Hollwegs Logik ein. Am 30. Juli wurden sie aber zusehens ungeduldiger. Am Abend, ungefähr zwei Stunden, nachdem die russische Generalmobilmachung endgültig angeordnet war, eröffneten sie dem Kanzler, daß er sich sofort auf die deutsche Mobilmachung festlegen müsse. Der Kanzler schlug noch einen Aufschub bis zum Mittag des 31. Juli heraus, aber es konnte wenig Zweifel darüber bestehen, wie die Entscheidung dann ausfallen würde. Bethmann Hollweg stimmte der Frist zu, in der Hoffnung, die Russen würden doch noch vorher die Generalmobilmachung verfügen. Am Morgen des 31. Juli warteten die Deutschen nur noch auf die sichere Kunde von der russischen Generalmobilmachung, um anschließend sofort gleich-

zuziehen. Zum Glück für Bethmann Hollweg und Generationen deutscher Historiker verlor Sasonow vor seinem deutschen Gegenspieler beim Pokern um die erste Generalmobilmachung einer Großmacht die Nerven und hatte bereits die russische angeordnet.

Am 31. Juli trafen sich Bethmann Hollweg, Moltke und Falkenhayn wieder und warteten auf Nachrichten aus Rußland. Fünf Minuten vor der selbstgesetzten Frist wurde ihnen das längersehnte Telegramm von Pourtales, dem deutschen Botschafter in Petersburg, vorgelegt, das die umlaufenden Gerüchte bestätigte: Die russische Generalmobilmachung war bereits da! Sofort wurde der Zustand drohender Kriegsgefahr, auf den in Deutschland auto-

tomatisch die Mobilmachung aller Streitkräfte folgte, erklärt. Am gleichen Nachmittag gingen zwei Ultimaten ab — eines nach Rußland, das die sofortige Einstellung aller militärischen Vorbereitungen gegen Deutschland und Österreich verlangte, das andere nach Frankreich, das sich nach der französischen Haltung im Fall eines Krieges mit Rußland erkundigte. Gleichzeitig entwarf das Auswärtige Amt die Kriegserklärungen an beide Mächte. So war der große Krieg unvermeidlich geworden, zumal der deutsche Aufmarschplan die baldige Eröffnung der Feindseligkeiten gegen das neutrale Belgien vorsah, den Handstreich gegen Lüttich, nur wenige Tage nach offiziellem Beginn der Mobilmachung.

Der Weltkrieg ist nicht mehr aufzuhalten

Am Nachmittag des 31. Juli war die Katastrophe daher nicht mehr aufzuhalten. Am 1. August erließ Deutschland die Generalmobilmachung, zur gleichen Stunde wie Frankreich; am Abend des gleichen Tags erklärte Deutschland den Krieg an Rußland. Eine Stunde vorher ereignete sich eine denkwürdige, enthüllende Episode. Ein Telegramm Lichnowskys war angekommen, das die Möglichkeit einer britischen Neutralität anzudeuten schien, wenn Deutschland nur nicht Frankreich angreifen würde. Der Kaiser und seine Berater jubelten, denn ihre Politik der Stärke in der Julikrise schien sich im letzten Augenblick doch noch auszuzahlen. Nur Moltke war eingeschnappt. Für den Heerführer kam das Ansinnen des Kaisers, plötzlich seinen ganzen Aufmarschplan umzuwerfen, als verheerender Schöck, und er fürchtete sogar, jetzt würde auch noch Rußland abschnappen. Später in der Nacht klärte ein weiteres Telegramm das Ganze als Mißverständnis auf — Moltke konnte auf den berühmten Knopf drücken und die deutsche Dampfwalze gegen Belgien und Frankreich in Bewegung setzen.

Die französische Antwort auf die deutsche „Anfrage“ war in der Form ausweichend, in der Sache fest: Frankreich würde seinen Verbündeten nicht im Stich lassen. Gleichzeitig rang der französische Botschafter in London, Paul Cambon, verzweifelt um den noch keineswegs sicheren Beistand Englands. Die Russen,

Franzosen und Crowe im Foreign Office hatten Grey vergebens beschworen, über Englands Position von vornherein keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen; England könne in einem Kontinentalkrieg nicht neutral bleiben, weil sie hofften, Deutschland nur so von unwiderruflichen Schritten zurückhalten zu können. Grey hatte Deutschland in der Tat gewarnt, aber nicht eindeutig genug, um deutsche Illusionen rechtzeitig und nachhaltig zu zerstören. Als Grey die letzten Zweifel an der britischen Haltung beseitigte, auch für den deutschen Kanzler, war es zu spät.

Wie sehr Deutschland bis in die letzte Stunde hinein, wider alle Vernunft, vielleicht doch noch die britische Neutralität zu erreichen hoffte, beweist der Versuch, die Verantwortung für den Friedensbruch diesmal auf Frankreich abzuladen, indem die Wilhelmstraße eine ganze Serie von angeblichen Grenzverletzungen durch Frankreich erfand. Einige waren so plump erfunden, daß außerhalb Deutschlands sie kaum jemand glaubte. Der deutsche Einfall in Belgien beseitigte die letzten Hemmungen in London: Grey ließ in Berlin ein Ultimatum überreichen, das die sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen aus Belgien verlangte. Als Bethmann Hollweg ablehnte, trat der Kriegszustand zwischen Deutschland und England automatisch ein, am 4. August, 23 Uhr westeuropäischer Zeit.

Die Verteilung der Verantwortung

Beim Versuch, zu einem differenzierten Urteil über die Verteilung der Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs zu gelangen, empfehlen sich zwei grundlegende Unterscheidungen: einerseits zwischen den drei Stufen des Krieges — lokaler Krieg (Österreich gegen Serbien), Kontinentalkrieg (Österreich und Deutschland gegen Rußland und Frankreich), Weltkrieg (Teilnahme Englands am Kontinentalkrieg) —, andererseits zwischen dem Willen, eine der drei Stufen des Krieges auszulösen, und ihrer bloßen Verursachung.

Da der Weltkrieg aus einem lokalen Krieg entstand, der sich zum Kontinentalkrieg ausweitete, liegt der größte Teil der Verantwortung für die Auslösung des Ersten Weltkriegs bei der Macht, die zumindest den lokalen Krieg wollte. Diese Macht war eindeutig das Deutsche Reich. Es mag gewiß keinen Weltkrieg unter allen Umständen gewollt haben, aber es drängte ein zögerndes und seiner nicht selbst sicheres Österreich zum Krieg gegen Serbien. Selbst wenn Österreich den Krieg gegen Serbien ganz von sich aus begonnen hätte, wäre der deutsche Anteil immer noch größer als der österreichische, da Deutschlands Veto ausgereicht hätte, den lokalen Krieg zu verhindern. Deutschland war außerdem die einzige Macht, die einem Kontinentalkrieg kühl entgegensah, den es glaubte gewinnen zu können, solange England neutral blieb. Deutschland unternahm nichts, um einen Kontinentalkrieg zu vermeiden, obwohl seine Führung das Risiko eines Weltkriegs bei Eröffnung der Julikrise gelassen ins Kalkül nahm.

Österreich wollte natürlich den lokalen Krieg, nachdem es sich einmal, mit deutscher Nachhilfe, dazu entschlossen hatte, fürchtete aber den Kontinentalkrieg. Seine Führung hoffte im Grunde, die deutsche Rückendeckung würde allein schon ausreichen, um Rußland von der Intervention zum Schutz Serbiens abzuschrecken.

Rußland, Frankreich und England bemühten sich, den lokalen wie den kontinentalen Krieg zu vermeiden. Ihr Hauptargument bei ihren Versuchen, eine Vermittlung zwischen Wien und Belgrad in Gang zu bringen, war gerade, die Verhütung des lokalen Kriegs wäre das beste Mittel zur Meidung der großen Kata-

strophe. Die drei Mächte hätten den Weltkrieg nur vermeiden können, wenn sie sich der von Deutschland ausgehenden kombinierten deutsch-österreichischen Erpressung widerstandslos gefügt hätten. Trotzdem trugen auch sie auf ihre Weise zum Ausbruch des Weltkriegs bei: Rußland durch den technischen Kunstfehler, durch eine verfrühte Generalmobilmachung das propagandistisch so effektvolle Stichwort für die deutsche Generalmobilmachung geliefert zu haben. Die französische Haltung war fast absolut korrekt. Der einzige Fehler lag im Versagen, Rußland von der verfrühten Generalmobilmachung zurückzuhalten. England hätte seine Haltung früher unmißverständlich deutlich machen können. Aber angesichts des festen Willens in Berlin, sich auf keinen Kompromiß einzulassen, ist es zweifelhaft, ob eine andere Politik der Ententemächte, es sei denn ihre Kapitulation vor den deutschen Drohungen, eine erheblich anderes Ergebnis erzielt hätte. Der Anteil der Entente ist somit sehr viel kleiner als der Deutschlands, denn er bestand darin, auf deutsche Aktionen nicht immer in der optimalen Weise reagiert zu haben.

Im Rückblick von einer durch zwei Weltkriege zutiefst umgewandelten Welt erscheinen die Ereignisse, die zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs führten, als das erste Beispiel für erfolglose brinkmanship in unserem Jahrhundert, für eine rasche Eskalation in einer Periode, in der die Mechanismen von Bündnissen und Mobilmachungsplänen noch ohne Angst vor der absoluten Waffe und der absoluten Vernichtung funktionieren konnten, die ihre Anwendung in einem dritten Weltkrieg heute mit sich bringen würde.

Die Fischer-Kontroverse erweist sich als die nachgeholte kritische Auseinandersetzung mit einer bisher bewußt verdrängten Vergangenheit, deren Verdrängung ihrerseits zur Erzeugung einer noch unangenehmeren, erst recht noch immer „unbewältigten“ Vergangenheit beitrug. Die längst überfällige Zerstörung eines historischen Tabus schuf Raum für eine rationale Analyse der jüngsten Geschichte, die gleichsam von hinten aufgerollt wird. Die Erfüllung eines legitimen Nachholbedarfs an historischer Selbstkritik könnte zudem auf weite Sicht den Deutschen mit dazu verhelfen, endlich zu sich, ihrer Geschichte und der übrigen Welt ins rechte Lot zu finden.